

Peru

Länderinformationen zu den Europäischen
Kriterien für Waffenexporte



INHALT

ZUSAMMENFASSUNG 2

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor 5

Deutsche Rüstungsexporte	5
Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland	7
Militärausgaben	9
Lokale Rüstungsindustrie	10
Streitkräftestruktur	12
Bewaffnung der Streitkräfte	13
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	18
Polizei und andere Sicherheitskräfte	19
Diversität in den Sicherheitskräften	21

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts 21

Einhaltung internationaler Verpflichtungen	22
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	23
Innere Lage im Empfängerland	27
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	30
Bedrohung von Alliierten	32
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	32
Unerlaubte Wiederausfuhr	35
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	36

ZUSAMMENFASSUNG

Informationen zum Sicherheitssektor

Deutschland liefert nur in begrenztem Umfang Rüstungsgüter nach Peru. Darunter befinden sich häufig (Ersatz-)Teile für U-Boote und Kommunikationsausrüstung. 2020 wurde aufgrund von U-Boot-Teilen ein Höchstwert von 65,6 Mio. Euro erzielt. Peru nimmt laut SIPRI ohnehin zwischen 2020 und 2024 nur die 71. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Südkorea stellte dabei den wichtigsten Rüstungslieferant dar, gefolgt von Spanien, Neuseeland, den USA und Kolumbien.

In Peru existiert keine nennenswerte eigene Entwicklung von Rüstungsgütern oder Großwaffensystemen. Die (primär staatliche) Industrie konnte in den vergangenen Jahren aber durchaus Know How importieren – insbesondere Südkorea ist ein wichtiger Partner bzgl. Ko-Produktion und als Lizenzgeber, unter anderem für verschiedene Schiffe und Trainingsflugzeuge. Auch Kleinwaffen und Munition werden in staatlichen Betrieben produziert.

Das Heer profitierte, wie auch die anderen Teilstreitkräfte, von einem Modernisierungsprogramm aus dem Jahr 2007, wodurch in den folgenden Jahren zusätzlich 1,3 Milliarden US-Dollar bereitgestellt wurden. Bereits im Jahr 2004 wurde ein Gesetz erlassen, das die Zuweisung von 20 Prozent der Erlöse aus dem Gasverkauf zu gleichen Teilen an das Heer, die Marine, die Luftwaffe sowie die Nationalpolizei vorsah. Das peruanische Heer ist mit 81.000 aktiven Soldat:innen regional eins der größten und verfügt über eine Vielzahl schwerer Waffensysteme sowie zahlreiche Geschütze. Diese sind jedoch größtenteils veraltet. Die peruanische Marine ist mit sechs U-Booten, sechs Fregatten und sieben Korvetten an sich nicht schlecht aufgestellt. Die meisten dieser Schiffe sind jedoch ebenfalls stark veraltet. Die peruanische Luftwaffe weist Berichten zufolge den größten Modernisierungsbedarf innerhalb der Streitkräfte auf. Es wird berichtet, dass nur etwa 30 Prozent der Flugzeuge für Einsätze, Operationen und Trainingsflüge bereitstehen.

Perus Militär nimmt eine zwar umstrittene, aber doch tief verankerte Rolle in Gesellschaft und Politik ein. Unter der Herrschaft Präsident Fujimoris in den 1990er Jahren beanspruchte es zusehends mehr Einfluss in der Politik. Erst im letzten Jahrzehnt ist es gelungen, die zivile Kontrolle über das Militär zu verbessern und auszubauen. Nach der Amtsenthebung Alberto Fujimoris im Jahr 2000 begann die Aufarbeitung der Menschenrechtsverbrechen des Militärs. Bereits 2001 wurde unter dem damaligen Präsidenten Paniagua eine Wahrheits- und Versöhnungskommission eingerichtet. Innerhalb des Militärs ist das Thema Menschenrechtsverletzungen und dessen Aufarbeitung auf Ablehnung gestoßen. Vereinzelt wurden sogar Versuche unternommen, sie zu behindern.

Im Jahr 1988 wurde die heutige peruanische Nationalpolizei geschaffen, die stark militärisch ausgerichtet ist. In der Zeit des Bürgerkrieges zwischen 1980 und 2000 war die Polizei in den Konfliktgebieten, die mehr als die Hälfte des Landes ausmachten, direkt dem Militär unterstellt. Berichten zufolge war sie ebenfalls an Menschenrechtsverletzungen beteiligt. Nach dem Sturz Fujimoris begann eine Polizeireform. Heute untersteht sie der zivilen Führung des Innenministeriums und besteht aus bis zu 26 Abteilungen, von denen die wichtigsten, DINOES (Spezialoperationen), DINANDRO (Drogenbekämpfung), DININCRI (Kriminalpolizei) und DIRCOTE (Terrorismusabwehr) sind. In der Nationalpolizei verrichteten 2015 ca. 124.000 Polizist:innen ihren Dienst. Neben der Polizei prägen die serenazgos (Wächter:innen) das

Stadtbild vieler Städte in Peru. Diese uniformierten Sicherheitskräfte sind in der Regel von den städtischen Verwaltungen organisiert und werden von dort koordiniert.

Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Peru ist den meisten Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen beigetreten. Innerhalb der Vereinten Nationen wird Perus Engagement im Hinblick auf globale Abrüstung und Rüstungskontrolle immer wieder gelobt. Im Bereich der nuklearen Abrüstung und Rüstungskontrolle setzt sich Peru aktiv für die nukleare Nichtverbreitung und eine atomwaffenfreie Welt ein.

Peru hat im vergangenen Jahrzehnt eine bedeutende Entwicklung im Hinblick auf Menschenrechte durchgemacht, jedoch wurde das Jahr 2020 von landesweiten Protesten erschüttert, die von der Polizei mit exzessiver, teils tödlicher Gewalt beantwortet wurden. In der Verfassung sind grundlegende Menschen- und Bürgerrechte wie das Recht auf freie Meinungsäußerung oder die Gleichheit vor dem Gesetz verankert. In der Praxis sind zahlreiche Mängel, Verstöße und Unzulänglichkeiten festzustellen. Immer wieder gibt es Berichte über Folter durch die Polizei, das Militär und Gefängniswärter:innen. In den seltensten Fällen werden die Täter:innen bestraft.

Innerhalb der Grenzgebiete zu Kolumbien und Ecuador sowie in Gebieten, in denen die Rebell:innengruppen weiterhin aktiv sind, übt das Militär weiterhin eine umfangreiche Kontrolle aus. Dort kommt es häufig zum Verschwinden von Menschen. Im Bereich der Minderheitenrechte und -repräsentation sowie hinsichtlich des Problems der weitverbreiteten Gewalt gegen Frauen gibt es immer noch erheblichen Aufholbedarf. So registrierte das zuständige Ministerium 2024 insgesamt 168.492 Fälle von Gewalt gegen Frauen und andere schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen. Darunter befanden sich 32.388 Fälle sexueller Gewalt; in 22.797 Fällen (70 %) betraf die Gewalt Kinder und Jugendliche bis 17 Jahre.

Peru ist nach wie vor durch zwei Jahrzehnte Bürgerkrieg von 1980 bis 2000 geprägt, der zwischen der Regierung auf der einen Seite sowie den Rebell:innengruppen Leuchtender Pfad und der Revolutionären Bewegung Túpac Amura auf der anderen Seite ausgetragen wurde. Letztere löste sich 1997 auf. Seit 2000 ist eine weitgehende Deeskalation des Konflikts zu verzeichnen, jedoch keine Beendigung.

Die gesamte Region Lateinamerikas ist von dem Kampf um die regionale Vorherrschaft gekennzeichnet. In der Vergangenheit haben Mexiko und Brasilien jedoch trotz ihres Konflikts um die Führungsrolle eine deutliche Verbesserung ihrer Beziehung erzielt. Brasilien ist dennoch bestrebt, durch den Ausbau und die Modernisierung seines Militärs seinen regionalen Führungsanspruch zu untermauern.

Zwischen 1980 und 2000 war Terrorismus ein großes Problem in Peru. Unter dem damaligen Präsident Fujimori wurden zahlreiche Anti-Terrorgesetze verabschiedet, die den staatlichen Sicherheitskräften umfassende Rechte einräumten. Ergebnis waren willkürliche Verhaftungen und Folter im „Dienste des Anti-Terrorkampfes“. International ist Peru allen Abkommen zur Verhinderung oder Bekämpfung von Terrorismus beigetreten. Lima ist auch den wichtigen internationalen Abkommen zur Kriminalitätsbekämpfung beigetreten. Das Land kämpft mit einer ausufernden Kriminalität. Morde, gewaltsame Übergriffe und Erpressung haben in den Städten deutlich zugenommen. Problematisch bleibt die weit verbreitete Korruption, die große Teile der Gesellschaft durchzieht. Eines der größten Probleme Perus bleibt der Drogenhandel, insbesondere mit Kokain. Insgesamt hat die Regierung den Kampf gegen

den Drogenhandel und das organisierte Verbrechen in den vergangenen Jahren deutlich forciert.

Mit einem Bruttonationaleinkommen von 7.500 US-Dollar pro Kopf gilt Peru als „upper-middle income country“. Die Wirtschaft gilt als mittelmäßig wettbewerbsfähig und resilient. So führte bspw. die Covid-19 Pandemie zu enormen Problemen, die durch Kompensationsprogramme aber abgemildert werden konnten und zu einer schnellen Erholung führten. Die Wachstumsraten sind gering, aber stabil. Die Auslandsverschuldung ist gering und es besteht keine Abhängigkeit von Entwicklungsgeldern, auch wenn Peru jüngst mehr Gelder aus der Entwicklungszusammenarbeit bezog. Mit einem HDI-Wert von 0,794 wird Peru durch den HDI als Land mit einer „hohen menschlichen Entwicklung“ kategorisiert und sticht auch im regionalen Vergleich hervor. In Bezug auf die SDGs befindet sich Peru im vorderen Mittelfeld: Unterernährung und Armut stellen weiterhin Probleme dar; andere Messgrößen konnten hingegen verbessert werden. Insbesondere die hohe Ungleichheit stellt aber einen enormen Stressfaktor dar und führt immer wieder zu sozialen Unruhen. Auch hinsichtlich des Klimawandels gilt Peru als vulnerabel. Im Hinblick auf Gesundheits-, Bildungs- und Militärausgaben ist aber kein ausgesprochenes Ungleichgewicht zu erkennen. Entsprechend belegt es im GMI nur den 94. Platz und gilt als „schwach militarisiert“.

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2024 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	Teile für Waffenübungsgeräte: 89%	0,24
2000	Teile für U-Boote: 65,8%; Teile für Torpedos, Signalmunition: 34,2%	1,7
2001	Wandler für Unterwasser – Telefonanlagen: 64,9% Teile für Echolotanlagen: 35,1%	0,24
2002	Teile für U-Boote: 98,3%	2,04
2004	Teile für U-Boote	4,65
2005	Flug- und Taktiksimulatoren und Teile für Flug- und Taktiksimulatoren: 93%	0,55
2006	Teile für U-Boote, Überwasserschiffe und Sonaranlagen: 99,8%	4,82
2007	Detektionsausrüstung: 77,6%; Teile für Kanonenmunition: 12,1%	0,37
2008	Teile für Torpedos: 94,2%	1,91
2009	Torpedos und Teile für Flugkörper: 74,7%; Teile für U-Boote und Unterwasserortungsgeräte: 23,1%	20,52
2010	Teile für Torpedos: 40,2% Teile für U-Boote: 25,2% Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung: 18,8%	5,61
2011	Kommunikationsausrüstung, Funkaufklärungssystem und Teile für Kommunikationsausrüstung: 39,7% Körperschutzwesten und Teile für Körperschutzwesten: 28,7% Täuschkörperwurfanlagen und Teile für Täuschkörperwurfanlagen: 18,7%	17,58
2012	Teile für Torpedos: 45,8% Handsprechgeräte und Teile für Kommunikationsausrüstung: 32,5% Munition für Jagdwaffen und Sportwaffen: 17,7%	0,42
2013	Torpedos und Teile für Torpedos: 37,8% Infrarotausrüstung, Wärmebildausrüstung und Teile für Bildverstärkerausrüstung: 30,7% Panzerabwehrwaffenübungsgeräte, Nebelmittelwurfanlagen, Waffenzielgeräte und Teile für Panzerabwehrwaffen, Nebelmittelwurfanlagen, Täuschkörperwurfanlagen, Waffenzielgeräte: 18,9%	12,23
2014	Munition für Panzerabwehrwaffen und Nebelmunition: 92,0%	10,26
2015	Software für Satellitenempfangsstation: 43,6% Zielortungssysteme und Teile für Zielortungssysteme: 20,2% Teile für U-Boote: 14,1%	1,02

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
	Teile für Transportflugzeuge: 10,8%	
2016	LKW und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW: 91,5%	58,11
2017	Feuerleiteinrichtungen und Teile für Feuerleiteinrichtungen: 86,6%	22,86
2018	U-Boot-Dieselmotoren, Unterwasserortungsgeräte und Teile für U-Boote, Unterwasserortungsgeräte: 96,0%	13,85
2019	Teile für U-Boote und Fregatten: 98,9%	2,66
2020	U-Boot-Dieselmotoren, Unterwasserortungsgeräte und Teile für U-Boote, U-Boot-Dieselmotoren, Unterwasserortungsgeräte: 89,4%	65,61
2021	Feuerleit-Übungsgeräte und Teile für Feuerleit-Übungsgeräte: 98,0%	7,18
2022	Teile für U-Boote: 57,4 % Fallschirme: 25,5 %	0,25
2023	U-Boot-Dieselmotoren und Teile für U-Boote, U-Boot-Dieselmotoren: 96,1%	9,96
2024	Teile für Torpedos: 58,5% Technologie für Schiffsbau: 41,1%	0,93

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2024, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <https://www.bmwk.de>

Schaubild 1
Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2024

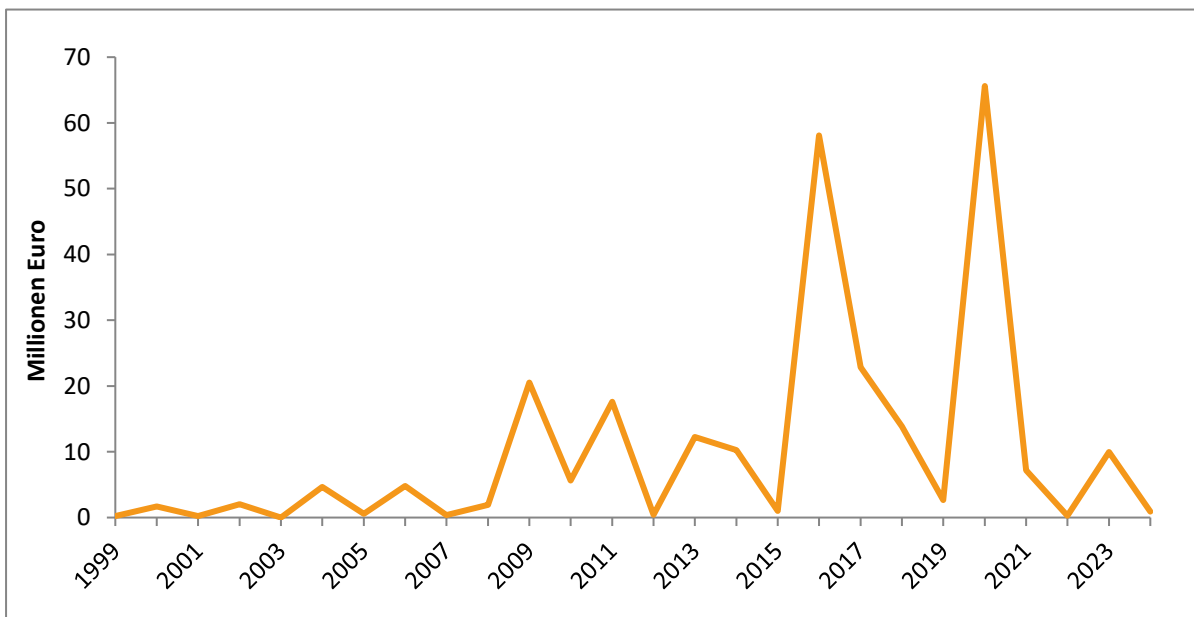


Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Peru 2000-2024

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Status
12	MTU-595	Dieselmotor	(1999)	2000	12	Neuwertig
12	SUT	AS/ASW Torpedos	2008	2009	(12)	Neuwertig
10	A-200	Gepanzerte Fahrzeuge	2019	2021	10	Neuwertig
16	MTU-493	Dieselmotor	2020			Neuwertig

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Kommentar

Deutschland liefert im regionalen Vergleich nur in begrenztem Umfang Rüstungsgüter nach Peru. Darunter befinden sich häufig Teile für U-Boote und andere Ersatzteile für den Schiffsbau sowie Kommunikationsausrüstung. Bereits zwischen 1974 und 1977 hat Deutschland die peruanische Marine mit sechs U-209/1200 U-Booten ausgestattet, die sich noch heute im Dienst der Marine befinden. In den Jahren 2009 und 2010 lieferten deutsche Firmen Kriegswaffen für 4,5 Mio. Euro bzw. 3,9 Mio. Euro. Im Jahr 2009 handelte es sich insbesondere um Torpedos für die U-Boote der Klasse 209/1200 der peruanischen Marine. Auch im Folgejahr lieferten deutsche Unternehmen hauptsächlich Ersatzteile für U-Boote und Torpedos.

2016 stieg der Wert der deutschen Rüstungsexporte nach Peru erheblich, was auf eine größere Lieferung von LKWs und von Teilen für gepanzerte Fahrzeuge zurückgeht. Auch 2017 wurden deutsche Rüstungsgüter, speziell Feuerleiteinrichtungen, für über 20 Millionen Euro nach Peru genehmigt; 2018 genehmigte die Bundesregierung insbesondere U-Boot-Dieselmotoren. 2020 wurde durch die Lieferung von U-Boot-Dieselmotoren, Unterwasserortungsgeräten sowie weiterer Teile für U-Boote mit einem Gesamtwert von 65,6 Millionen ein neuer Höchstwert erzielt. Die jüngsten Genehmigungen (2023) fielen mit rund 10 Mio. Euro relativ gering aus. Der Wert geht vor allem erneut auf Dieselmotoren für U-Boote zurück.

In den letzten fünf Jahren (2018 – 2023) wurden keine Ausfuhren nach Peru abgelehnt.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Peru 2020-2024, Mio. TIV

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	28	62	38	22	4	154

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4

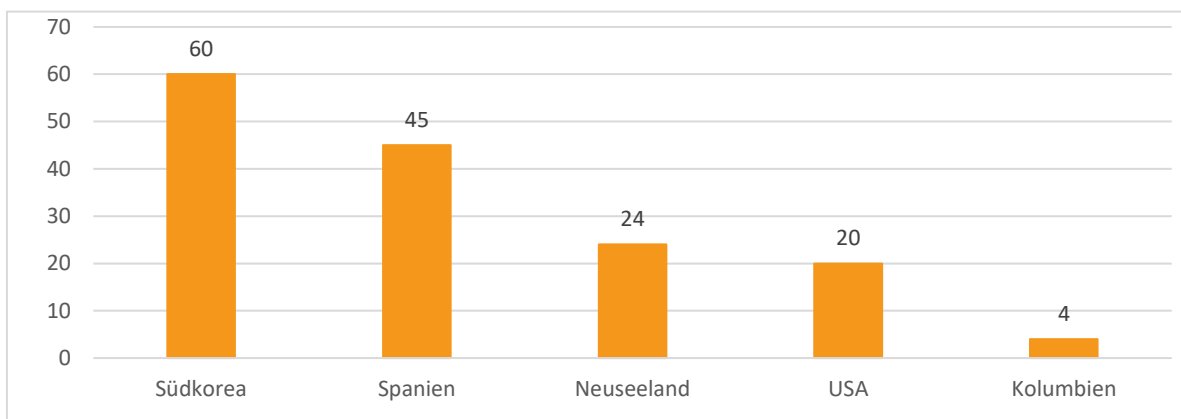
Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Peru 2020-2024, Mio. TIV¹

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	-	-	1	-	-	1

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2020-2024, Mio. TIV



Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: August 2025) nahm Peru zwischen 2020 und 2024 die 71. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Im Allgemeinen verfolgt Peru seit einigen Jahren eine Strategie der Modernisierung, um mit Hilfe ausländischer Partner, Flugzeuge und Transporthubschrauber Instand zu setzen. Peru bezieht seine Waffen aus unterschiedlichen Ländern und pflegt enge Beziehungen zu den Lieferstaaten. Ein Großteil der Waffen wird zu deutlich günstigeren Konditionen gebraucht angeschafft. Laut SIPRI war zwischen 2020 und 2024 Südkorea wichtigster Rüstungslieferant für Peru (mit 39 % aller Lieferungen), gefolgt von Spanien (29 %), Neuseeland (16 %), den USA (13 %) und Kolumbien (3 %).

Südkoreas Bedeutung als Perus größter Rüstungslieferant resultiert aus der Lieferung einer Korvette des Typs Poh Hang, welche in Peru als Ferré-Klasse geführt wird. Das Schiff

¹ SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

wurde 2021 gebraucht importiert. In vorhergehenden Jahren bezog Peru u. A. eine weitere Korvette (2016), 20 KT-1 Trainingsflugzeugen (2014 bis 2017), zwei amphibischen Transportdocks in 2018 und insgesamt sechs Patrouillenbooten zwischen 2016 und 2021 aus Südkorea.

Aus **Spanien** bezog das Land 2020 zwei gebrauchte C-130H Transportflugzeuge. 2023 erfolgte eine Schenkung von Seiten Spaniens von vier SH-3H Sea King Hubschraubern, welche vor allem zur U-Boot-Abwehr dienen.

Mit **Neuseeland** vereinbarte Peru 2014 die Lieferung von insgesamt fünf gebrauchten (teilweise modernisierten) Hubschraubern zur U-Boot-Abwehr vom Typ SH-2G Super Seasprite. Von diesen wurde 2022 vier geliefert. Bereits 2016 lieferte Neuseeland 41 AGM-65 Maverick Seezielflugkörper an Peru.

Die auf Rang vier und fünf liegenden USA bzw. Kolumbien lieferten in den letzten fünf Jahren hauptsächlich Flugzeuge und Hubschrauber nach Peru: **Kolumbien** lieferte 2020 ein gebrauchtes Transportflugzeug (An-32). Seit 2020 lieferten die **USA** zudem acht neuwertige F-28 (leichte Ausbildungshelikopter), 12 CH-2000 (in Lizenz in Peru produziert), ein King Air und ein Boeing-737 Transportflugzeug (letzteres gebraucht) sowie ein T-34C Turbo Mentor (bewaffnetes Trainingsflugzeug, ebenfalls Second Hand). Zur Lieferung stehen derzeit (Stand 2025) noch drei weitere King Air Flugzeuge, sechs weitere CH-2000 sowie vier Flugzeugmotoren aus.

Lima verfügt seit 2005 wie Chile und Ecuador über einen Rüstungsfond, der maßgeblich durch den Export natürlicher Ressourcen (Gas) gespeist und in Zeiten klammer Kassen für Beschaffungen genutzt wird.

Militärausgaben

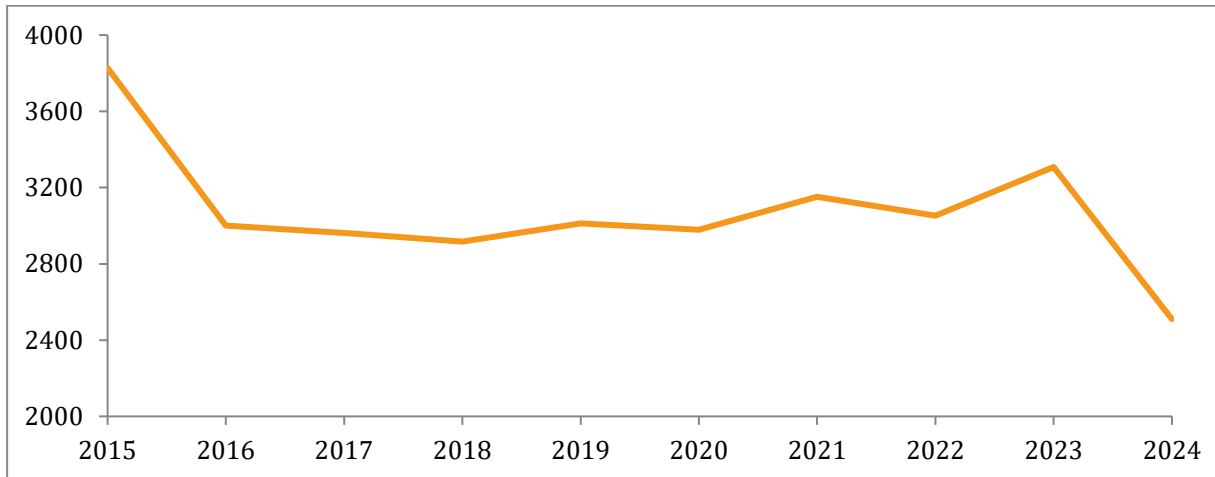
Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	2979	3152	3053	3309	2510
Anteil am BIP (in Prozent)	1,3	1,2	1,1	1,2	0,9
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	4,9	5,0	4,9	5,5	4,1

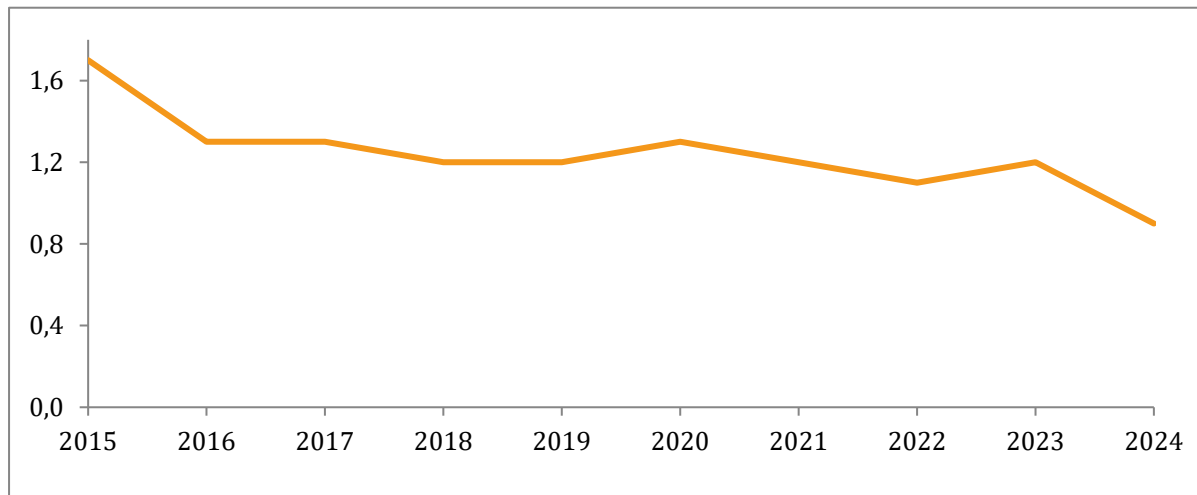
Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 3**Absolute Militärausgaben, Trend 2015 – 2024 in Mio. USD**

Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2023.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4**Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2015 – 2024 (in Prozent)**

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

In Peru existiert keine nennenswerte eigene Entwicklung von Rüstungsgütern oder Großwaffensystemen. Vereinzelt werden Kleinwaffen und Munition produziert. Daher ist die Regierung bestrebt, in bestimmten Bereichen eigene Kapazitäten aufzubauen, um die Unabhängigkeit bei Rüstungsgütern zu erhöhen. Dazu unterzeichneten im Jahr 2008 der russische

Rüstungskonzern Rosoboronexport und das peruanische Verteidigungsministerium eine Kooperationsvereinbarung, die eine engere Zusammenarbeit im Rüstungssektor vorsieht. Das peruanische Verteidigungsministerium vereinbarte auch mit dem russischen Konsortium Oboronprom eine Kooperation zum Aufbau eines technischen Service- und Modernisierungszentrum für Mi-8, Mi-17 und Mi-26 Helikopter. Im Dezember 2011 einigten sich auch die Verteidigungsminister von Brasilien und Peru, auf Basis einer Erklärung aus dem Jahre 2004, auf ein Kooperationsabkommen im Rüstungssektor. Schwerpunkte der bilateralen Zusammenarbeit sollten der Schiffsbau und die Flugzeugindustrie sein. Aus peruanischer Sicht wurde dies als Meilenstein beim Aufbau einer heimischen Rüstungsindustrie angesehen. Auch deutsche Unternehmen (bspw. ThyssenKrupp Marine Systems) kooperieren eng mit der peruanischen Rüstungsindustrie, etwa im Bereich der Marine durch die Modernisierung der deutschen U-Boote 209/1200 oder im Bereich des Hubschrauberbaus und der Instandhaltung des Eurocopter Hubschrauber vom Typ Bo-105. Darüber hinaus besteht das Interesse, die Zusammenarbeit im technologischen Bereich zu vertiefen. Insgesamt ist jedoch davon auszugehen, dass keine Großwaffensysteme oder Klein- und Leichtwaffen aus Peru exportiert werden.

Die staatliche Schiffswerft SIMA sowie das staatliche Luftfahrtunternehmen SEMAN haben sich in den letzten Jahren dennoch hervorgetan. SIMA kooperiert bspw. mit anderen südamerikanischen Unternehmen in der Entwicklung von Krankenhausschiffen, welche die Erbringung medizinischer Versorgung und behördlicher Dienste (wie die Ausstellung von Geburts- und Ausweisdokumenten) in entlegenen Regionen erleichtern sollen. Außerdem befindet sich das Unternehmen derzeit im Bau von Flusstransportschiffen (Motochatas), mit deren Hilfe auf dem Landweg nicht erreichbare Außenposten der Armee mit Ausrüstung versorgt werden sollen.

Vor allem Südkorea ist aber ein wichtiger Partner der beiden Staatsunternehmen, sowie der ebenfalls staatlichen FAME (welche insb. Klein- und Leichtwaffen und entsprechende Munition herstellt). Allein im Jahr 2024 wurde ein Vertrag über 640 Millionen Dollar zwischen SIMA und Hyundai Heavy Industries über die gemeinsame Produktion einer 3.400-Tonnen-Fregatte, eines 2.200-Tonnen-Offshore-Patrouillenboots (OPV), zweier 1.400-Tonnen Amphibienfahrzeuge und mit Hyundai Rotem die Lieferung von 30 K808-Panzerfahrzeugen abgeschlossen. Alle Schiffe sollen in Peru selbst produziert werden – bzgl. der Koproduktion oder Endmontage der Panzerfahrzeuge (White Tiger) finden sich allerdings widersprüchliche Angaben. Des Weiteren lieferte SIMA bereits insgesamt fünf Patrouillenboote der Río Pativilca-Klasse (basierend auf einem südkoreanischen Modell) an die peruanischen Streitkräfte und SEMAN schloss 2017 eine Endmontage an südkoreanischen Trainingsflugzeugen (KT-1) ab. Korea Aerospace Industries (KAI) und SEMAN schlossen zudem im Juli 2024 eine Vereinbarung darüber, dass Komponenten des Kampfflugzeugs FA-50 Fighting Eagle in Peru produziert werden sollen (andere Medien berichteten hingegen über Teile für den KF-21 Bora). Da Peru im September 2024 ankündigte ein Budget zum Kauf neuer Kampfflugzeuge für das Jahr 2025 genehmigt zu haben, soll die FA-50 vermutlich auch den peruanischen Streitkräften angeboten werden. Derzeit sind andere Modell (insb. F-16, Rafale, Gripen E) aber wahrscheinlicher.

2025 wurde außerdem eine Kooperation zwischen FAME und der israelischen IWI bekannt. So soll ein bereits errichtetes Montagewerk zunächst 10.000 ARAD-Gewehre an die peruanischen Streitkräfte und die nationale Polizei liefern.

Weitere jüngere Bestrebungen zum Ausbau der Verteidigungsindustrie umfassen die im September 2024 eingeweihte *Unidad Funcional de Industria para la Defensa*. Diese vorerst der Generaldirektion für Materialressourcen des Verteidigungsministeriums unterstellte Funktionseinheit soll die nationale Industriepolitik in den Bereichen Montage, Koproduktion und Technologietransfer weiter ausgestalten. Dafür wird sie eng mit der 2012 gegründeten *Agencia de Compras de las Fuerzas Armadas* (ACFFAA) zusammenarbeiten, die für die Beschaffungsplanung und Vertragsabwicklung im Auftrag der Streitkräfte und weiterer Institutionen zuständig ist. Ziel ist es, die Industriepolitik im Zuge der Streitkräfterekapitalisierung besser zu koordinieren, was im Hinblick auf die jüngsten Kooperationen durchaus zu gelingen scheint.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: 12 Monate freiwilliger Wehrdienst für Männer und Frauen

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

81.000 aktiv, davon:

Heer: 47.500

Marine: 24.000 (einschließlich 1.000 Küstenwacheeinheiten)

Luftwaffe: 9.500

Reserve: 188.000

Gendarmerie & Paramilitärische Einheiten: 77.000, davon:

Nationale Polizei: 77.000

Rondas Campesinas: k. A.

Quelle: IISS Military Balance 2025

Tabelle 6

Stärke der Streitkräfte, Trend 2016–2024

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Aktive in 1.000 (IISS)	81	81	81	81	81	81	81	81	81
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (bicc Berechnungen)	2,6	2,6	2,5	2,5	2,5	2,4	2,4	2,4	2,4

Quellen: IISS Military Balance, 2017-2025, World Bank

Kommentar

Das peruanische Militär verfügt über Heer, Marine und Luftwaffe, wobei eine Mehrzahl der Soldat:innen im Heer konzentriert ist. Nach Brasilien, Kolumbien und Venezuela besitzt Peru mit 81.000 aktiven Soldat:innen die größten Streitkräfte der Region. Zusätzlich steht eine große Reserve von 188.000 Reservist:innen bereit. Die Streitkräfte nehmen an zahlreichen Missionen der Vereinten Nationen wie etwa in der Zentralafrikanischen Republik oder im Sudan teil. Mit Kolumbien besteht zudem eine Kooperation zur Luftraumüberwachung, zur humanitären Hilfe und zur Drogenbekämpfung. In erster Linie liegt ihre Aufgabe im Erhalt der territorialen Integrität und der inneren Sicherheit, mit Schwerpunkt auf Katastrophenbewältigung sowie Drogen- und Aufstandsbekämpfung. Die Effektivität der Streitkräfte ist allerdings durch die alternde Ausrüstung und geringen Militärausgaben beschränkt. Die Modernisierungsbemühungen Perus werden nach Angaben des International Institutes for Strategic Studies größtenteils durch Lizenzgebühren aus der Ausbeutung der Camisea-Gasfelder in der Nähe von Cusco finanziert.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	240	Davon 75 mit zweifelhafter Einsatzfähigkeit eingelagert
Leichte Panzer	96	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	295	
Aufklärer	95	
Bergepanzer	Einige	
Artillerie	1025	
Panzerabwehr	22	Zusätzlich einige tragbare Panzerabwehrsysteme (u. a. AT-3 Sagger, Kornet E) sowie rückstoßfreie Geschütze (M40A1)
Luftabwehr	165	Zahl der Geschütze; zusätzlich einige Boden-Luft-Raketen (u. a. Strela-3, Igla-1)
Patrouillenboote	1	
Transportflugzeuge	17	
Ausbildungsflugzeuge	4	

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Ausbildungshubschrauber	1	
Mehrzweckhubschrauber	7	
Transporthubschrauber	37	Davon 3 im Lager

Quelle: *IISS Military Balance 2025*

Kommentar

Das Heer profitierte, wie auch die anderen Teilstreitkräfte, von einem Modernisierungsprogramm aus dem Jahr 2007, in dessen Rahmen in den folgenden Jahren zusätzlich 1,3 Milliarden US-Dollar (primär aus Gasverkäufen) bereitgestellt wurden. Bereits im Jahr 2004 wurde ein Gesetz erlassen, das die Zuweisung von 20 Prozent der Erlöse aus dem Gasverkauf zu gleichen Teilen an das Heer, die Marine, die Luftwaffe sowie die Nationalpolizei vorsah. Hinsichtlich Waffenimporte wurden die anderen Teilstreitkräfte laut SIPRI-Datenbank jedoch deutlich bevorzugt.

Das peruanische Heer verfügt zwar über eine Vielzahl schwerer Waffensysteme sowie zahlreiche Geschütze. Diese sind jedoch, trotz vergangener Modernisierungsbemühungen, größtenteils veraltet. Teilweise sind Waffen und Gerät nur bedingt einsatzbereit. So setzt das peruanische Heer als Hauptkampfpanzer etwa immer noch den zwischen 1946 und 1980 produzierten T-55 ein. 75 der insgesamt 240 Panzer sind inzwischen eingelagert. Die im Einsatz befindlichen leichten Panzer des Typs AMX-13 wurden im gleichen Zeitraum produziert.

Neuere Beschaffungen wurden nur in geringem Umfang bewilligt. 2016-2017 wurde das Heer mit insgesamt 338 Militär-LKWs von Rheinmetall MAN Military Vehicles ausgestattet. Im Jahr 2021 bezog Peru zehn gepanzerte Fahrzeuge A-200 des deutschen Herstellers Aurum Security GmbH, welche überwiegend zur Drogenbekämpfung in schwer erreichbaren Gegenden eingesetzt werden soll. Daneben erhielt es an gepanzerten Mannschaftstransportern seit dem Jahr 2000, laut SIPRI, lediglich in den Jahren 2015 und 2016 insgesamt 32 Piranha-2 aus Kanada. An Landsystemen insgesamt erhielt das Heer darüber hinaus lediglich 27 selbstfahrende 122mm-Haubitzen des Typs 90 aus China. Eine bemerkenswerte Anschaffung war der Kauf eines französischen Aufklärungssatelliten Astrosat-300 im Jahr 2014 (geliefert 2016), der allerdings von der Nationalen Kommission für Weltraumforschung und -entwicklung unterhalten wird.

Tabelle 8

Marine

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
U-Boote	6	
Fregatten	6	
Patrouillenboote	13	

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Davon Korvetten	7	
Amphibienfahrzeuge	9	
Logistik und Unterstützung	24	

Quelle: *IISS Military Balance 2025*

Box 2

Weitere Marineeinheiten

Marineflieger:

- 7 Seefernaufklärer
- 3 Ausbildungsflugzeuge
- 4 Transportflugzeuge
- 1 Flugzeug zur elektronischen Kriegsführung
- 16 Hubschrauber zur U-Boot-Abwehr
- 5 Ausbildungshubschrauber
- 10 Transporthubschrauber
- 3 Mehrzweckhubschrauber
- Einige Raketen (u. a. AM-39 Exocet)

Marineinfanterie:

- 7 gepanzerte Nutzfahrzeuge
- Mehr als 47 gepanzerte Mannschaftstransporter
- Mehr als 18 Artilleriegeschütze
- Einige tragbare Panzerabwehrwaffen (Carl Gustav, M40A1)
- Einige Luftabwehrgeschütze

Quelle: *IISS Military Balance 2025*

Kommentar

Die peruanische Marine ist mit dem Schutz der Küstengewässer, der Flüsse sowie der Gewässer des pazifischen Ozeans in dem Gebiet der Exklusiven Wirtschaftszone (EEZ) beauftragt. Mit sechs U-Booten, sechs Fregatten und sieben Korvetten ist die Marine an sich nicht schlecht aufgestellt. Die meisten dieser Schiffe sind jedoch stark veraltet. So wurden die sechs in Dienst befindlichen U-Boote des Typs 209 zwischen 1975 und 1983 aus Deutschland geliefert. Zwei dieser Boote wurden 2008 in Peru selbst modernisiert, vier weitere warten derzeit noch auf eine Modernisierung. Von den verbleibenden vier Exemplaren wurde das erste im Juni 2025 (unter Mithilfe von ThyssenKrupp Marine Systems) jedoch bereits fertiggestellt.

Bei den eingesetzten Fregatten handelt es sich um italienische Lupo Klassen. Die Hälfte wurde bis 1987 direkt aus Italien bezogen bzw. lokal produziert. Vier weitere wurden 2005 bis 2007 gebraucht aus Italien importiert. Zum Schutz der Küstengewässer wurden in den vergangenen Jahren zudem einige neue Patrouillenboote beschafft. So hat Peru bspw. zwischen

2016 und 2021 insgesamt sechs Patrouillenboote vom Typ PGCP-50 (Río Pativilca-Klasse) aus Südkorea importiert (bzw. in Lizenz produziert). Außerdem lieferte Südkorea 2016 und 2021 je eine gebrauchte Po Hang Korvette und 2018 ein Landungsschiff (LPD-122m, „Pisco“), von welchem 2025 ein weiteres folgen soll. Aus den Niederlanden erhielten die peruanischen Streitkräfte 2014 ein gebrauchtes Versorgungsschiff. 2024 wurden zudem eine Reihe größerer Beschaffungen bzw. Koproduktionen mit Südkorea vereinbart (unter anderem eine Fregatte, ein Offshore-Patrouillenboot und zwei Amphibienfahrzeuge).

Insgesamt zielt die umfassende Modernisierung darauf ab, die Marine einerseits für den Einsatz zur Unterbindung des Drogenhandels in der Region und andererseits zur Abwehr gegen ausländische Kriegsschiffe auszurüsten. In diesem Zusammenhang hat Peru den Kauf von bis zu fünf Griffon 2000TD Luftkissenbooten beschlossen, die besonders im Amazonasgebiet entlang der brasilianischen Grenze eingesetzt werden sollen. Die peruanischen Marineflieger haben zuletzt holländische Fokker-60 in Dienst genommen, die die Aufklärungs- und Überwachungskapazitäten verbessern.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdbomber	11	Einsatzfähigkeit einiger zweifelhaft
Jagdflugzeug	19	
Erdkampfflugzeuge	33	Davon 14 eingelagert
Aufklärungsflugzeuge	5	
Ausbildungsflugzeuge	76	Davon 10 kampffähig; Einsatzfähigkeit einiger zweifelhaft
Tank- und Transportflugzeuge	2	
Transportflugzeuge	38	Davon 3 Passagierflugzeuge
Kampfhubschrauber	18	
Ausbildungshubschrauber	4	
Mehrzweckhubschrauber	12	
Transporthubschrauber	25	
Luftabwehr	Einige	u. a. S-125 Pechora, Javelin
Raketen	Einige	u. a. R-550 Magic; Kh-58

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

Die peruanische Luftwaffe weist den größten Modernisierungsbedarf innerhalb der Streitkräfte auf. Es wird berichtet, dass nur etwa 30 Prozent der Flugzeuge für Einsätze, Operationen und Trainingsflüge bereitstehen. Während in dem 2007 verabschiedeten Modernisierungsplan noch die Aufteilung der Gelder zu gleichen Teilen zwischen den Teilstreitkräften vorgesehen war, hat sich inzwischen der Fokus deutlich zu Gunsten der Luftwaffe verschoben. Insgesamt ist die peruanische Luftwaffe auf die Verteidigung des Luftraums sowie auf die Aufstandsbekämpfung (COIN) ausgerichtet. Zunehmend hat sie sich auf die südliche Grenze mit Chile konzentriert. Dazu sind in den letzten Jahren auch einige Hubschrauber mit neuen Überwachungs- und Waffensystemen ausgestattet worden.

Insgesamt verfügt die Luftwaffe über 66 Kampfflugzeuge (14 nicht einsatzbereit) und 18 Angriffshubschrauber (16 davon womöglich ebenfalls nicht einsatzfähig). Die Jagdflugzeugflotte besteht aus 19 MiG-29 diverser Typen (MiG-29 S/SE/SMP/UBM). Diese sollten eigentlich für etwa 100 Mio. US-Dollar in Russland umfassend modernisiert werden. Anscheinend lief diese Modernisierung aber schleppend und ohne die erwarteten Resultate. Daher wird inzwischen die Beschaffung von amerikanischen Flugzeugen des Typs F-16C diskutiert, welche auch die zwölf, derzeit als Jagdbomber fungierenden und vierzig Jahre alten, Mirage 2000ED/E ersetzen könnten. Letztere sind inzwischen ob des hohen Alters Großteils nicht mehr einsatzfähig. Eine Entscheidung bezüglich neuer Kampfflugzeuge könnte 2025 getroffen werden – zumindest wurde 2024 ein entsprechendes Budget genehmigt.

Zur Bekämpfung des Kokainanbaus und des Terrorismus vereinbarten Russland und Peru die Lieferung von zwei Mi-35P Kampfhubschraubern im Frühjahr 2011. Neben diesen setzte die Luftwaffe 16 russische Mi-25 Hind D Kampfhubschrauber und zehn Mi-171Sh Transporthubschrauber ein. Von ersteren sind jedoch wohl einige nicht mehr einsatzfähig sind. Ähnlich wie bei den MiG-29 ist bei den Kampfhubschraubern aufgrund des Krieges in der Ukraine die Versorgung mit Ersatzteilen wohl nur noch bedingt gegeben. Bereits im April 2021 kam es zu einem Absturz eines Mi-17 bei dem 6 Soldat:innen ums Leben. Der Absturz war vermutlich technisch bedingt. 2017 beschloss die peruanische Regierung in Reaktion auf massive Überflutungen, unter anderem neue Hubschrauber und Transportflugzeuge anzuschaffen, nachdem bereits in den Jahren zuvor der Fokus der Beschaffungen hierauf lag. In den letzten Jahren erhielt Peru bspw. zwölf DHC-6 Twin Otter Transportflugzeuge aus Kanada (2011–2014), vier neue C-27J Spartan aus Italien (2015–2017) sowie diverse leichte Transport- und Ausbildungsflugzeuge aus den USA (u. a. Cessna 172, CH-2000). Die Modernisierung älterer L-100 Hercules begann 2016. Zudem wurden Transporthubschrauber, darunter 24 neue Mi-17 aus Russland (2014–2016) und mehrere gebrauchte Bell 412 aus den Niederlanden (2015), beschafft.

Insgesamt deuten die Rüstungsanschaffungen für die Luftwaffe der letzten Jahre darauf hin, dass das Inventar diversifiziert werden soll, um Herausforderungen, wie dem Drogenhandel und dem „Leuchtenden Pfad“ begegnen zu können.

Box 3***Paramilitärische Einheiten****Küstenwache:**44 Patrouillenboote**1 Logistik- und Unterstützungsschiff**3 Transportflugzeuge**Nationale Polizei:**120 gepanzerte Mannschaftstransporter**5 Transportflugzeuge**4 Mehrzweckhubschrauber**16 Transporthubschrauber**Quelle: IISS Military Balance 2025***Box 4*****Peacekeeping****Demokratische Republik Kongo (MONUSCO): 2 Soldat:innen**Libanon (UNIFIL): 1 Soldat:in**Sudan (UNISFA): 4 Soldat:innen**Südsudan (UNMISS): 3 Soldat:innen**Zentralafrikanische Republik (MINUSCA): 234 Soldat:innen**Quelle: IISS Military Balance 2025***Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft**

Perus Militär nimmt eine zwar umstrittene Rolle in Gesellschaft und Politik ein. Unter der Herrschaft Präsident Fujimoris in den 1990er Jahren übte es einen starken Einfluss auf die Politik aus. Erst in den letzten Jahrzehnten ist es gelungen, die zivile Kontrolle über das Militär zu verbessern und auszubauen. Verteidigungsbudgets und Sicherheitspolitik werden von der Politik und nicht vom Militär bestimmt. Seit 2001 standen erstmals Zivilist:innen an der Spitze des Verteidigungsministeriums und des Geheimdienstes. Zusätzlich ist es gelungen, die militärischen Prärogativen der vergangenen Jahrzehnte abzuschaffen. Diese Beschneidung der Rechte des Militärs bildete eine Grundvoraussetzung für seine bessere zivile Kontrolle. Dabei betraf dieser Einschnitt nicht nur die nationale, sondern auch die regionale Ebene. Auch wenn das Militär weiterhin in den lang umkämpften Gebieten der maoistischen Gruppierung Leuchtender Pfad (Sendero Luminoso) für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der Sicherheit zuständig ist, hat es dort seine besondere wirtschaftliche und politische Stellung eingebüßt. Der Konflikt zwischen der Regierung sowie den Rebell:innengruppen Leuchtender Pfad und der Revolutionären Bewegung Túpac Amara zwischen 1980 und 2000 verursachte viel Leid in der Zivilbevölkerung und forderte zahlreiche Todesopfer. Aufgrund dieser Erfahrungen besteht in Teilen der Bevölkerung ein starkes Misstrauen

gegenüber dem Militär. Viele Bürger:innen und zahlreiche Menschenrechtsgruppen werfen den Streitkräften massive Menschenrechtsverletzungen in dieser Zeit vor. Nach dem Ende der Amtszeit Fujimoris begann die Aufarbeitung der Menschenrechtsverbrechen des Militärs in der Zeit zwischen 1980 und 2000. Erstmals wurden gesetzliche Voraussetzungen geschaffen, dass sich Militärangehörige vor einem zivilen Gericht verantworten mussten. Zusätzlich wurde bereits 2001 unter dem damaligen Präsidenten Paniagua eine Wahrheits- und Versöhnungskommission eingerichtet. Innerhalb des Militärs sind das Thema Menschenrechtsverletzung und dessen Aufarbeitung auf Ablehnung gestoßen. Mit der Debatte der letzten Jahre über die Errichtung eines Denkmals für Soldat:innen, die während ihres Kampfes gegen Rebell:innengruppen zwischen 1980 und 2000 gefallen sind, hat die Auseinandersetzung über die Menschenrechtsverletzungen in der Gesellschaft neuen Zündstoff bekommen.

Dennoch gilt das Militär, einer Umfrage des Latinobarometers aus dem Jahr 2020 zufolge, als eine der vertrauenswürdigsten Institutionen des Landes: Während im Jahr 2010 lediglich 4,5 Prozent der Befragten angaben, ein hohes Vertrauen in das Militär zu besitzen und 25 Prozent angaben, überhaupt kein Vertrauen in die Institution zu haben, waren es 2020 17 Prozent, die ein hohes Vertrauen, und 16,9 Prozent, die überhaupt kein Vertrauen anführten. Lediglich die Kirche genießt der Umfrage zufolge ein höheres Vertrauen. Ergebnissen des letzten World Values Survey zufolge (Erhebung 2017-2022) vertrauten hingegen lediglich 8,9 Prozent der peruanischen Befragten dem Militär sehr, während 26,4 Prozent dem Militär generell ihr Vertrauen aussprachen. Dem hingegen hatten jedoch 40,3 Prozent der Befragten wenig Vertrauen ins Militär und 23,4 Prozent gar keins.

Dem Militär wird vorgeworfen, im Zuge von Demonstrationen zwischen Dezember 2022 und Februar 2023, mit unverhältnismäßiger Gewalt vorgegangen zu sein. So sollen sie mit Sturmgewehren und Handfeuerwaffen auf unbewaffnete Demonstrierende und unbeteiligte Passanten geschossen haben. 49 Menschen kamen bei den Demonstrationen ums Leben – eine strafrechtliche Aufarbeitung seitens der Behörden hat es seither nicht in ausreichendem Maße gegeben. Lediglich ein Polizeibeamter wurde im Januar 2024 in Untersuchungshaft genommen. Das Vertrauen in die Sicherheitskräfte dürfte entsprechend untergraben worden sein.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2019	2020	2021	2022	2023
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	-	-	-	-	-

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

<https://legacydata.imf.org/regular.aspx?key=61037799>

In weiten Teilen hat Peru die Polizei- und Sicherheitsstrukturen von Spanien und Portugal geerbt. Diese waren stark zentralistisch, militaristisch und sehr regierungsnah. Im Jahr 1988 wurde die heutige peruanische Nationalpolizei geschaffen, die aus einem Zusammenschluss der bis dahin existierenden Republikanischen Garde, der Zivilen Garde und der Kriminalpolizei hervorging und ebenfalls militaristisch ausgerichtet war. In der Zeit des Bürgerkrieges in Peru war die Polizei in den Konfliktgebieten, die mehr als die Hälfte des Landes ausmachten, direkt dem Militär unterstellt und auch an Menschenrechtsverletzungen beteiligt. Zur gleichen Zeit war die Polizei auch regelmäßig Opfer terroristischer Anschläge. In Fujimoris Amtszeit (1990 – 2000) waren sowohl Polizei als auch Militär verlängerter Arm des Regimes und wurden durch den Geheimdienst kontrolliert. Mit systematischer Bestechung und Einschüchterung durch den Präsidenten und den Geheimdienst konnte ihre Loyalität sichergestellt werden.

Nach dem Sturz Fujimoris begann eine Polizeireform, deren Ziele und Durchführung jedoch nicht klar definiert waren. Innerhalb des Innenministeriums wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die die Reform koordinieren sollte, doch die großen Versprechen der Demokratisierung wurden nicht eingehalten. Letztlich behielt die Polizei einen Großteil ihrer Macht.

Heute untersteht die Nationalpolizei der zivilen Führung des Innenministeriums und besteht aus bis zu 26 Abteilungen, von denen die wichtigsten DINOES (Spezialoperationen), DINANDRO (Drogenbekämpfung), DININCRI (Kriminalpolizei) und DIRCOTE (Terrorismusabwehr) sind. In der Nationalpolizei verrichteten bspw. 2015 ca. 124.000 Polizist:innen ihren Dienst. Obwohl sowohl weiterhin Korruption als auch gesellschaftliches Misstrauen herrschen und die Polizeireform wenig Erfolge vorweisen kann, hat das allgemeine Vertrauen in die Polizei, Daten des World Value Survey (2017 – 2020) zufolge, in den vergangenen Jahren etwas zugenommen. Allerdings wird auch der Polizei, wie auch dem Militär, vorgeworfen, die Demonstrationen 2022/2023 mit übermäßiger Gewalt und außergerichtlicher Tötung beantwortet zu haben.

In vielen Städten Perus prägen unbewaffnete städtische Sicherheitskräfte, die sogenannten *Serenazgos*, weiterhin das Stadtbild – organisiert und koordiniert von den jeweiligen Kommunalverwaltungen. Ihr Ursprung liegt in der Zeit des Bürgerkriegs, als die Polizei zu stark in die Bekämpfung von Aufständen eingebunden war und ihre Rolle als Schutzdienstleister vernachlässigte. Seit der Verabschiedung des *Sistema Nacional de Seguridad Ciudadana* (Ley 27933) im Jahr 2003 sind Kooperation und koordinierte Planung gemeinsam mit der Polizei verbindlich vorgeschrieben und tatsächlich in nationalen und lokalen Sicherheitsausschüssen verankert. Mit der neuen Ley 32292 (2024/2025) wurde zudem der *Serenazgo*-Dienst weiter professionalisiert. Dennoch wurde in der Vergangenheit in einigen Kommunen der politische Missbrauch dieser Kräfte – etwa zur Einschüchterung Oppositioneller durch Bürgermeister:innen – dokumentiert, was das Vertrauen in die Institution bei Teilen der Bevölkerung gemindert hat.

Die Verunsicherung gegenüber der Polizei und anderen gesellschaftlichen Sicherheitsstrukturen hat einen umfangreichen privaten Sicherheitsmarkt in Peru entstehen lassen. In 2019 sollen etwa 800 private Sicherheitsfirmen registriert gewesen sein. Bis zu 90.000 Menschen sollen in der Industrie beschäftigt sein und zahlreiche Dienstleistungen anbieten, die von Objekt- bis zum Personenschutz reichen.

Diversität in den Sicherheitskräften

Frauen sind seit den 1990er Jahren in allen Teilstreitkräften Perus vertreten. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums dienen derzeit 78.926 Angehörige in den Streitkräften, 10,2 % davon sind Frauen. Im Offizierskorps liegt ihr Anteil mit 9,3 % nochmals etwas niedriger. Frauen können grundsätzlich sämtliche militärischen Laufbahnen einschlagen, bleiben jedoch insbesondere in höheren Führungspositionen unterrepräsentiert. Der höchste bislang von einer Frau erreichte Dienstgrad ist der eines Obersts (*Coronel*), womit Frauen vier Dienstgrade unterhalb der militärischen Führungsspitze verbleiben. Zur Förderung der Chancengleichheit unterhält das Verteidigungsministerium einen eigenen Ausschuss für Gleichstellung und Geschlechterpolitik, der Maßnahmen zur Stärkung der Beteiligung von Frauen innerhalb der Streitkräfte koordiniert.

Auch in der Polizei sind Frauen weiterhin unterrepräsentiert, wenngleich ihr Anteil deutlich höher ausfällt als im Militär. Von insgesamt 132.003 Angehörigen der *Policía Nacional del Perú* sind 23.786 Frauen, was einem Anteil von 18 % entspricht. Frauen können grundsätzlich sämtliche Polizeilaufbahnen einschlagen und bekleiden zunehmend Führungspositionen.

Die Streitkräfte führten 2019 die Kampagne „Fuerza sin Violencia“ (Stärke ohne Gewalt) durch, bei der Militärangehörige aller Dienstgrade öffentlich für die Prävention geschlechtsspezifischer Gewalt warben, sich in rosafarbenen Küchenschürzen zeigten und sich dem staatlichen Programm „Hombres por la Igualdad“ (Männer für die Gleichheit) anschlossen. Darüber hinaus verfügt Peru über einen Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der Women, Peace and Security (WPS-) Agenda, der entsprechend der Ziele der UN-Agenda unter anderem die stärkere Beteiligung von Frauen an Sicherheitsinstitutionen und Friedensprozessen fördern soll.

Im Bereich internationaler Friedenseinsätze liegt die Repräsentation von Frauen teilweise deutlich über ihrem Anteil in den nationalen Sicherheitskräften. Von den (Stand: Dezember 2025) 235 durch Peru entsandten Sicherheitskräften in UN-Friedensmissionen sind 38 Frauen (16,2 %). Mit Nuria Esparch hatte Peru zwischen November 2020 und Juli 2021 zudem erstmals eine Verteidigungsministerin.

Auch LGBTQIA+-Personen können seit 2004 offen in den peruanischen Sicherheitsbehörden dienen. Rechtliche Beschränkungen für den Militär- oder Polizeidienst aufgrund der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität bestehen nicht.

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Bewertung auf Grundlage der [bicc-Datenbank](#)

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Möglicherweise kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Möglicherweise kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Möglicherweise kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Nicht kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Nicht kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Nicht kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Nicht kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Genfer Protokoll zum Einsatzverbot chemischer und biologischer Waffen, 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag, 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag, 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden, 1972	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von Biologie- und Toxinwaffen, 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken, 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen, 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen, 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention, 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über Streumunition, 2010	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT), 2014	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Atomwaffenverbotsvertrag (AVV), 2021	Beigetreten	Treaties.un.org

Kommentar

Peru ist den meisten Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen beigetreten. Einzig der Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978 ist Peru nicht beigetreten. Gründe für den Nicht-Beitritt sind allerdings nicht zu finden. In der Vergangenheit hat Lima immer wieder Vorstöße unternommen, die Militärausgaben in der Region zu begrenzen und das Problem des generellen Misstrauens zwischen den Staaten als Hindernis für Abrüstung aufzugreifen. Im Bereich der nuklearen Abrüstung und Rüstungskontrolle setzt sich Peru aktiv für die nukleare Nichtverbreitung und eine atomwaffenfreie Welt ein.

Derzeit sind weder von den Vereinten Nationen noch von der Europäischen Union Sanktionen gegen Peru verhängt.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationale Konvention zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zur CEDAW-Konvention, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zur Konvention über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zur Konvention über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 5

Auszug aus dem Jahresbericht von Human Rights Watch 2026

In 2025, Peru continued to backslide on democracy and human rights as Congress adopted measures that fostered impunity, weakened democratic institutions, and eroded judicial independence. Congress passed a broad amnesty law that grants impunity for serious crimes committed during the armed conflict. Organized crime continued to expand across the country, leading to an increase in homicides, extortion, and other violent crimes. On October 10, Congress ousted then-President Dina Boluarte, citing an obscure constitutional provision allowing it to declare that the presidency has been "vacated" if the president faces "moral incapacity." José Jerí, the head of Congress, took office as interim president.

Quelle: Human Rights Watch, World Report 2026: Peru
<https://www.hrw.org/world-report/2026/country-chapters/peru>

Box 6

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International 2026

Authorities used unnecessary and disproportionate force against demonstrators. The victims of excessive force during the 2022-2023 protests had still not obtained justice. Attacks on journalists and human rights defenders intensified. Legislation affecting the functioning of civil society organizations was approved. Crimes under international law and serious human rights violations committed between 1980 and 2000 could go unpunished following the entry into force of Law 32419. Violence against women and girls remained a major concern, as did reduced access to abortion and medical emergency kits in cases of rape. Recognition of the rights of transgender people suffered setbacks. Venezuelan nationals continued to lack protection.

Quelle: Amnesty International Report 2026
<https://www.amnesty.org/en/wp-content/uploads/2026/04/POL1003202026ENGLISH-1.pdf>

Box 7**Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2025**

Bewertung für Peru auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 39/60

Politische Rechte: 27/40

Gesamtbewertung: Teilweise frei (66/100)

Die Bewertung des Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 8**Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2025**

Peru has established democratic political institutions and undergone multiple peaceful transfers of power. However, high-profile corruption scandals have eroded public trust in government, and the weakening of judicial independence has impacted the country's governing bodies. Indigenous groups suffer from discrimination and inadequate political representation.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/peru/freedom-world/2026>

Kommentar

In der Verfassung sind grundlegende Menschen- und Bürgerrechte wie die freie Meinungsäußerung und die Gleichheit vor dem Gesetz verankert. In der Praxis weist ihre Umsetzung jedoch zahlreiche Mängel und Verstöße auf. Überreste der Rebell:innengruppe *Leuchtender Pfad* sind weiterhin aktiv und verantwortlich für zahlreiche Morde, Einschüchterungen sowie in der Vergangenheit auch für die Rekrutierung von Kindersoldat:innen. Berichten zufolge ist die Gruppe zudem eng in den Drogenhandel verstrickt.

Immer wieder berichten Menschenrechtsorganisationen über Folter durch Polizei, Militär und Gefängnispersonal. Nur selten ziehen die Behörden die Täter:innen zur Rechenschaft. In Grenzregionen zu Kolumbien und Ecuador sowie in Gebieten mit aktiver Präsenz bewaffneter Gruppen übt das Militär weitreichende Kontrolle aus. Dort verschwinden regelmäßig Menschen, und Sicherheitskräfte verübten in mehreren Fällen tödliche Übergriffe. Jüngst erschütterte massive Polizeigewalt im Zusammenhang mit landesweiten Protesten das Land, die nach der Absetzung von Präsident Vizcarra im Jahr 2020 ausgebrochen waren (siehe Kapitel „Innere Lage“). Die Sicherheitskräfte nahmen zahlreiche Personen willkürlich fest; zwei Menschen starben, mindestens 200 weitere erlitten Verletzungen.

Auch die Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit steht unter Druck. Die Regierung versucht vereinzelt, kritische Stimmen durch Einschüchterung oder rechtliche Maßnahmen zu unterbinden. Jährlich verfolgen Gerichte zahlreiche Journalist:innen wegen angeblicher Diffamierung strafrechtlich und verurteilen sie. Verbale Angriffe und öffentliche Diffamierungen von Medienschaffenden sind weit verbreitet. In der Rangliste zur Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen belegte Peru 2025 Platz 130 von 180.

Die Sicherheitskräfte gehen zudem wiederholt mit übermäßiger Härte gegen Demonstrant:innen vor. Sie setzen Tränengas, Gummigeschosse und teilweise auch scharfe Munition ein. Im Dezember 2022 führten Änderungen im Regierungs- und Verwaltungsapparat zu landesweiten Protesten. Die Sicherheitskräfte reagierten mit dem Einsatz scharfer Waffen und exzessiver semi-letaler Munition, wodurch insgesamt 50 Menschen starben und Hunderte teils schwer verletzt wurden. Beobachter:innen warfen der Polizei vor, aus rassistischen Motiven gezielt auf Personen mutmaßlich indigener Herkunft geschossen zu haben.

Korruption trägt maßgeblich zum Verfall öffentlicher Institutionen, zu mangelhaften staatlichen Dienstleistungen und zu Umweltzerstörung bei. Fünf ehemalige Präsidenten standen bereits wegen Korruptionsvorwürfen vor Gericht. Gegen Präsidentin Dina Boluarte ermittelt die Staatsanwaltschaft weiterhin wegen des Verdachts illegaler Wahlkampfspenden sowie der Annahme teurer Geschenke von einem Provinzgouverneur. Im Mai 2024 leiteten die Behörden laut Medienberichten gegen 67 der 130 Kongressabgeordneten Ermittlungen wegen Korruption und anderer Straftaten ein.

Im Juli 2024 verabschiedete der Kongress ein Gesetz, das die Definition von „organisierter Kriminalität“ einschränkt und damit Ermittlungen zu Korruption und Erpressung erheblich erschwert. Durch diese Reform verloren Durchsuchungen und andere Ermittlungsinstrumente weitgehend ihre Wirksamkeit. Gleichzeitig untergräbt der Kongress wiederholt die Unabhängigkeit der Justiz, etwa durch die Absetzung zweier Mitglieder des Nationalen Justizrats, die mutmaßliche Einflussnahme durch Kongressmitglieder untersucht hatten.

Auch bei den Rechten und der politischen Repräsentation ethnischer Minderheiten besteht erheblicher Nachholbedarf. Zwar verabschiedete Peru 2011 ein Gesetz zur Konsultation indigener Gemeinschaften bei Bergbauprojekten, doch räumt es ihnen kein Vetorecht ein. Zudem bleibt unklar definiert, welche Gruppen als indigen gelten. In der Folge sind viele indigene Gemeinschaften kontaminiertem Wasser und toxischen Metallen ausgesetzt.

Geschlechtsspezifische Gewalt

Auf internationaler Ebene hat Peru die zentralen Abkommen zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt (GBV) und zum Schutz von Frauen und Kindern ratifiziert. Dazu zählen bspw. die Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women (CEDAW) sowie die Convention on the Rights of the Child – jeweils einschließlich der Fakultativprotokolle. Auch auf nationaler Ebene justierte der Gesetzgeber in den letzten Jahren im Hinblick auf Frauenrechte und die Rechte queerer Menschen nach.

Peru leitete in den vergangenen Jahren verschiedene Maßnahmen zur Bekämpfung von GBV ein. Das Nationale Programm „Warmi Ñan“ bietet seit 2001 Präventions-, Beratungs- und Unterstützungsangebote für Betroffene. Mit einer Reform des Strafgesetzbuches wurde 2013 Femizid als eigenständiger Straftatbestand eingeführt. Das 2020 in Kraft getretene Gesetz zur Vorbeugung, Bestrafung und Beseitigung von Gewalt gegen Frauen und Familienangehörigen definiert verschiedene Gewaltformen und schafft Schutz- und Unterstützungsmechanismen für Betroffene. Vergewaltigung in der Ehe ist ausdrücklich strafbar. Schwangerschaftsabbrüche bleiben hingegen grundsätzlich verboten und sind nur zulässig, wenn Leben oder Gesundheit der schwangeren Person gefährdet sind.

Geschlechtsspezifische Gewalt bleibt in Peru zudem dennoch weit verbreitet. Nach Angaben von UN Women erlebten 10,6 % der Frauen und Mädchen im Alter von 15 bis 49 Jahren innerhalb der vergangenen zwölf Monate körperliche, sexuelle oder psychische Gewalt.

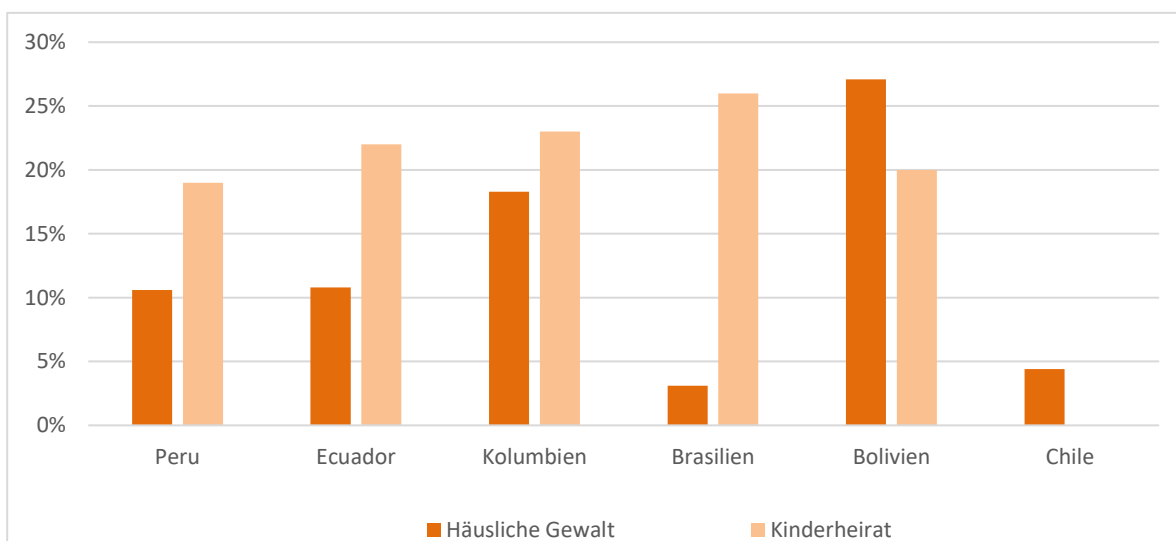
Zudem wurden 2024 noch immer 17,9 % der Frauen (von 20 bis 24 Jahren) vor Vollendung ihres 18. Lebensjahrs verheiratet, 1,8 % sogar vor Vollendung des 15. Lebensjahrs.

Aktuelle Statistiken bestätigen das hohe Ausmaß an GBV. Das zuständige Ministerium registrierte 2024 insgesamt 168.492 Fälle von Gewalt gegen Frauen und andere schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen, darunter 32.388 Fälle sexueller Gewalt. In 70 % dieser Fälle waren Kinder und Jugendliche bis 17 Jahre betroffen. Die Behörden erfassten zudem 12.924 Vergewaltigungen an Frauen, von denen 65 % Mädchen und Jugendliche betrafen. Nach Angaben des Innenministeriums galten 2024 insgesamt 10.278 Frauen und Mädchen als vermisst (58 % aller Vermisstenfälle). Bis August 2025 registrierten die Behörden zudem 105 Femizide.

Die Rechte von LGBTQIA+-Personen bleiben eingeschränkt. Gleichgeschlechtliche Ehen und eine rechtliche Anerkennung der Geschlechtsidentität von Trans- oder nicht-binären Personen sind bislang nicht vorgesehen. Seit 2017 besteht jedoch ein gesetzliches Verbot der Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität. Im Equality Index belegt Peru Rang 55 von 197 Staaten.

Schaubild 5

Geschlechtsbasierte Gewalt gegenüber Frauen in der Region: Prävalenz Häuslicher Gewalt und Kinderheirat in %



Quellen: *UN Women Database on violence against women*; [Country Detail Page | UN Women Data Hub](#); *Child Marriage Data Portal*; [Country Profiles | Child Marriage Data Portal](#).

Innere Lage im Empfängerland

Box 9

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

Peru has undergone considerable political and social upheaval in recent years. The period under review witnessed the prolongation of the political conflict between the executive and the legislature, challenges in implementing public policies, government corruption and social conflicts that have resulted in the loss

of numerous lives. Consequently, political rights and institutions have been weakened, and democracy is on a trajectory toward being hollowed out. During the pandemic, the interim government of Francisco Sagasti (2020 – 2021) was able to achieve its core objectives: deploying the national vaccination process, promoting economic reactivation measures, and organizing the 2021 electoral process. Pedro Castillo (2021 – 2022), a candidate who led a radical leftist party (Perú Libre, PL), narrowly won the presidential election in a run-off marked by political fragmentation and polarization. The legitimacy of his victory was strongly questioned by right-wing sectors, particularly by supporters of the opposition candidate, Keiko Fujimori, who falsely alleged electoral fraud.

Multiple groups in Congress threatened Castillo with the possibility of impeachment practically from the beginning of his term. However, Castillo managed to solidify his position and build informal alliances with congressmen to prevent impeachment. However, on December 7, 2022, amidst a third impeachment motion and amid allegations of corruption and investigations, Castillo unexpectedly chose to carry out a coup d'état. In response, Congress voted to remove Castillo, and hours later, Vice President Dina Boluarte was proclaimed as the first female president in the country's republican history. In her inauguration speech, Boluarte requested support from Congress to overcome the political conflict. However, her government quickly faced intense mobilization in the country, particularly in the southern Andean regions that had given overwhelming support to Castillo in 2021. There was an increase in the number and scale of the mobilizations, with their main demands being the resignation of Boluarte, the acceleration of general elections, and the calling of a constituent assembly. Some of these mobilizations turned violent, with protesters destroying police stations and court buildings and attempting to take control of airports. Moreover, the police and military response to the demonstrations, which openly violated human rights, resulted in more than 50 deaths and thousands of injuries, thereby intensifying citizen protests.

Quelle: <https://bti-project.org/de/reports/country-report/PER>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2025)

Im Jahresbericht 2025 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, erzielte Peru 30 Punkte (2024: 31 Punkte). Damit erzielt es genauso viele Punkte wie u.a. Ägypten oder Aserbaidschan. Deutschland erzielte 77 Punkte.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2025>

Spannungen und innere Konflikte

Peru ist bis heute stark von dem Bürgerkrieg der Jahre 1980 bis 2000 geprägt, den die Regierung gegen die Rebell:innengruppen *Leuchtender Pfad* und *Revolutionäre Bewegung Túpac Amaru* führte. Seit dem Jahr 2000 nahm die Gewalt zwar deutlich ab, doch der Konflikt endete nicht vollständig. Immer wieder liefern sich staatliche Sicherheitskräfte und Anhänger:innen der Rebell:innengruppen, insbesondere des Leuchtenden Pfads, bewaffnete Auseinandersetzungen mit Todesopfern auf beiden Seiten. Der Leuchtende Pfad spaltete sich inzwischen in zwei Fraktionen auf. Beiden werfen die Behörden vor, den Drogenhandel zu kontrollieren und Menschen als Zwangsarbeiter:innen festzuhalten. So befreiten peruianische Sicherheitskräfte 2015 insgesamt 45 Personen, darunter Kinder der indigenen Asháninka, die über Jahrzehnte gefangen gehalten worden waren. Im Mai 2021 töteten Kämpfer:innen des Leuchtenden Pfads 16 Menschen in Zentralperu.

Seit etwa 2008 prägt zudem ein anhaltender Konflikt zwischen der Regierung auf der einen sowie Oppositionsgruppen und Bergarbeiter:innenverbänden auf der anderen Seite die

politische Lage. Im Zentrum stehen die liberale Wirtschaftspolitik und der Umgang mit natürlichen Ressourcen. Indigene Bevölkerungsgruppen fordern einen größeren Anteil an Rohstoffeinnahmen und wehren sich gegen die Ausbeutung des Amazonasgebiets. In diesem Zusammenhang kam es wiederholt zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Demonstrant:innen und der Polizei, bei denen dutzende Menschen starben.

Auch geschlechtsspezifische Gewalt löste in den vergangenen Jahren landesweite Proteste aus. Nach Angaben von Human Rights Watch registrierten die Behörden zwischen Januar und August 2023 insgesamt 112 Femizide, ein leichter Rückgang gegenüber dem Vorjahr mit rund 137 Fällen. Abtreibungen bleiben in Peru weitgehend verboten und sind nur zulässig, wenn das Leben oder die Gesundheit der schwangeren Frau in Gefahr ist. Selbst in diesen Fällen stoßen Betroffene häufig auf erhebliche bürokratische Hürden.

Ende 2020 erschütterten Massenproteste das Land, nachdem der Kongress Präsident Martín Vizcarra unter dem Vorwurf eines „Mangels an Moral“ in einem umstrittenen Verfahren abgesetzt hatte. Gegen Vizcarra liefen Korruptionsermittlungen, obwohl er zuvor zahlreiche Antikorruptionsmaßnahmen angestoßen hatte. Unter den Abgeordneten, die für seine Absetzung stimmten, befanden sich mehrere Personen, gegen die selbst Korruptionsvorwürfe erhoben wurden. Zwischen dem 9. und 15. November 2020 demonstrierten Menschen landesweit gegen die Absetzung Vizcarras. Laut Human Rights Watch setzte die Polizei insbesondere in Lima exzessive Gewalt ein. Die Proteste führten zum Rücktritt von Manuel Merino, der nach Vizcarras Absetzung zum Präsidenten ernannt worden war. Am 16. November 2020 wählte der Kongress Francisco Sagasti zum Interimspräsidenten.

Die Proteste hielten jedoch an. Demonstrant:innen forderten ein Ende der Polizeigewalt, Gerechtigkeit für die Opfer sowie eine neue Verfassung. Ermittlungen der Vereinten Nationen zufolge starben zwei Menschen, mindestens 200 weitere wurden verletzt. Sicherheitskräfte nahmen zahlreiche Personen fest; Journalist:innen berichteten von Angriffen und Drohungen. In der Folge kam es zu Streiks, unter anderem im Agrarsektor, die durch Straßenblockaden zu Lebensmittelengpässen führten. Bergbauarbeiter:innen schlossen sich im Dezember 2020 an. Die Regierung reagierte erneut mit Gewalt; ein Streikteilnehmer kam ums Leben. Erst im Januar 2021 nahmen Regierung und Streikende Gespräche auf.

Im Juni 2021 wählten die Bürger:innen Pedro Castillo zum Präsidenten. Das Parlament setzte ihn jedoch bereits am 7. Dezember 2022 ab und machte die frühere Vizepräsidentin Dina Boluarte zur Präsidentin. Daraufhin kam es im ganzen Land zu Protesten, bei denen vor allem vorgezogene Neuwahlen gefordert wurden. Die Sicherheitskräfte reagierten mit unverhältnismäßiger Gewalt. Von Dezember 2022 bis März 2023 wurden 50 Demonstranten und Umstehende getötet und mehr als 1.300 Menschen verletzt, darunter Hunderte von Polizisten.

Im Oktober 2025 enthob der peruanische Kongress Präsidentin Dina Boluarte ihres Amtes. Insgesamt stimmten 122 von 130 Abgeordneten für die Amtsenthebung. Ausschlaggebend war die breite öffentliche Empörung über Boluartes Unfähigkeit, der stark zunehmenden organisierten Kriminalität wirksam entgegenzutreten. Zwischen 2019 und 2024 versechsfachte sich die Zahl der gemeldeten Erpressungsdelikte; im Jahr 2025 gab jede dritte Person in Peru an, ein Opfer von Erpressung zu kennen, darunter zahlreiche Kleinunternehmer:innen. Im selben Zeitraum verdoppelte sich die Zahl der Mordfälle. Gemäß der Verfassung übernahm anschließend Jerí, ein wenig bekannter 38-jähriger Abgeordneter und damaliger Kongresspräsident, das Amt des Präsidenten.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Peru liegt im westlichen Teil Südamerikas und grenzt im Norden an Ecuador und Kolumbien, im Osten an Brasilien und Bolivien sowie im Süden an Chile. Im Westen grenzt das Land an den pazifischen Ozean.

Politische Situation in der Region

In Südamerika bestehen sehr unterschiedliche politische Situationen. Während sich einige Staaten als vergleichsweise stabil erweisen, prägen andere weiterhin bewaffnete Konflikte, soziale Spannungen und politische Umbrüche. Besonders relevant bleiben der innerstaatliche Konflikt in Kolumbien sowie zwischenstaatliche Spannungen Kolumbiens mit Venezuela und Ecuador infolge wiederholter Grenzverletzungen. Darüber hinaus bestehen mehrere ungelöste Grenzfragen in der Region. So beansprucht Venezuela die ressourcenreiche Essequibo-Region Guyanas, in der bedeutende Ölvorkommen liegen. In einem durchgeführten Referendum im Dezember 2024, stimmte eine Mehrheit der venezolanischen Bevölkerung für die Annexion der Region. Daraufhin erließ Maduro im April 2024 ein Gesetz, das das Gebiet zu einem venezolanischen Bundesstaat machen soll. Inwiefern diese Gebietsansprüche nach der Absetzung Maduros noch verfolgt werden, bleibt abzuwarten.

Unter der zweiten Präsidentschaft Donald Trumps geriet Südamerika verstärkt unter geopolitischen Druck. In der US-Sicherheitsstrategie betonte die Regierung ihren Anspruch auf eine dominierende Rolle in der westlichen Hemisphäre. Der sogenannte „Hinterhof“ der USA gewann dabei erneut an Bedeutung. Trump nutzte den Begriff des „Drogenterrorismus“ als Begründung für wirtschaftliche und militärische Interventionen in Lateinamerika. Besonders Staaten mit linkspolitischen Regierungen wie Mexiko, Kolumbien und Venezuela gerieten dabei regelmäßig ins Visier. Die US-Regierung verhängte Zölle gegen Mexiko und kündigte den Einsatz von US-Militärkräften gegen Drogenkartelle auf mexikanischem Staatsgebiet an. Präsident Petro Kolumbiens bezeichnete Trump öffentlich als „Drogenboss“. Diese Rhetorik kulminierte in einer militärischen Intervention in Venezuela im Januar 2026, bei der Präsident Nicolás Maduro festgenommen und in die USA gebracht wurde. Offen bleibt, wie sich die lateinamerikanischen Staaten unter diesem Druck gegenüber den USA positionieren und wie weit Washington seine Interventionspolitik fortsetzt.

Zugleich prägt ein Wettbewerb um regionale Führungsansprüche die politische Dynamik Südamerikas. Vor allem Brasilien versucht, durch die Modernisierung und den Ausbau seiner Streitkräfte seinen Führungsanspruch zu untermauern. Stabile demokratische Strukturen und starkes wirtschaftliches Wachstum begünstigten diese Entwicklung. Mit der Abschwächung des Wirtschaftswachstums reduzierten sich jedoch vorübergehend auch die Militärausgaben. Trotz bestehender Rivalitäten verbesserten Brasilien, Mexiko und Venezuela zuletzt ihre bilateralen Beziehungen. So bot der frühere brasilianische Präsident Lula da Silva Caracas seine Vermittlung im Konflikt mit Kolumbien an.

In Kolumbien bleibt der bewaffnete Konflikt zwischen linksgerichteten Guerillagruppen und dem Staat weiterhin ungelöst. Zwar verhandelten Regierung und FARC einen Friedensvertrag, doch die Bevölkerung lehnte diesen zunächst in einem Referendum ab. Vertreter:innen beider Konfliktparteien, der Opposition und der Zivilgesellschaft überarbeiteten das Abkommen, sodass Unterhaus und Senat es im Dezember 2016 einstimmig verabschiedeten.

Im Juni 2017 erklärte die VN-Beobachtermission die Entwaffnung der FARC für abgeschlossen. Parallel dazu nahm die Regierung Friedensverhandlungen mit der ELN auf, die mit etwa 2.500 bis 6.000 Mitgliedern die größte verbliebene Guerillaorganisation darstellt. Zwar vereinbarten beide Seiten 2017 eine temporäre Waffenruhe, doch verübte die ELN in den Folgejahren erneut zahlreiche Anschläge. Während der Covid-19-Pandemie erklärte sie 2020 erneut eine Waffenruhe. Seit November 2022 laufen die Friedensgespräche wieder und führten zuletzt zu Vereinbarungen über einen Waffenstillstand und die Einrichtung humanitärer Zonen.

Der Drogenanbau, insbesondere von Kokain, bildet einen zentralen wirtschaftlichen Motor des Konflikts. Kolumbien wirft Ecuador und Venezuela vor, Guerillagruppen zu unterstützen, was beide Staaten zurückweisen. 2008 griff die kolumbianische Luftwaffe FARC-Kämpfer auf ecuadorianischem Territorium an und löste damit eine diplomatische Krise aus. Zwar erklärten die Regierungen den Konflikt offiziell für beigelegt, dennoch reichte Ecuador später Klage gegen Kolumbien ein. Auch weiterhin operieren kolumbianische Sicherheitskräfte auf ecuadorianischem Gebiet. 2015 eskalierten zudem Spannungen an der venezolanisch-kolumbianischen Grenze, als Venezuela rund 7.000 Kolumbianer:innen auswies und die Grenze schloss. Wirtschaftliche Engpässe führten im August 2016 zur erneuten Öffnung.

Grenzkonflikte

Zwischen Peru und Ecuador bestand seit dem 19. Jahrhundert ein Grenzkonflikt, der in der Vergangenheit zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen beiden Staaten geführt hat. Noch Anfang 1981 kam es zu einem militärischen Zwischenfall, als die peruanische Armee einige Grenzposten des ecuadorianischen Militärs besetzte. Zwar einigten sich Lima und Quito 1992 darauf, eine friedliche Lösung anzustreben. Doch bereits zwei Jahre später wurde die ecuadorianische Armee mobilisiert und im Januar 1995 begann der Krieg zwischen beiden Staaten. Obwohl er nach nur einem Monat formal beendet wurde, dauerte es bis 1999, bis ein endgültiger Friedensvertrag mit Anerkennung der Demarkationslinie unterzeichnet werden konnte.

Ein weiterer Konflikt bestand zwischen Peru und Chile. Gegenstand der Auseinandersetzung sind die maritimen Grenzen, über die im Januar 2014 im Internationalen Gerichtshof entschieden wurde. Laut IGH sollte Perus Seegebiet ausgeweitet werden, was von beiden Seiten anerkannt wurde. Jedoch setzt sich der Streit um den vom IGH festgelegten Grenzpunkt in der Region Tacna fort, da die peruanische Regierung dieses Gebiet für sich beansprucht. Der Disput wurde außerdem erneut gestärkt, als im Frühjahr 2015 drei peruanische Marineoffizier:innen wegen des Verdachts auf Aktivitäten für den chilenischen Geheimdienst festgenommen wurden.

Im November 2025 schloss Peru seine Grenze zu Chile. Nach dem Wahlsieg des ultrakonservativen José Antonio Kast bei den chilenischen Präsidentschaftswahlen kündigte dieser eine deutlich verschärfte Migrationspolitik an und forderte alle Menschen ohne legalen Aufenthaltstitel auf, das Land zu verlassen. In der Folge kam es zu starken Migrationsbewegungen, insbesondere von venezolanischen Geflüchteten, in Richtung der peruanischen Grenze. Daraufhin erklärte Peru den nationalen Notstand. Infolgedessen schloss die Regierung die Grenzübergangsstelle am Grenzkomplex Chacalluta und entsandte Truppen, um irreguläre Migration zu unterbinden.

Regionale Rüstungskontrolle

Bereits 1967 bildete die Unterzeichnung des Tlatelolco-Vertrages zur Schaffung einer nuklearwaffenfreien Zone Lateinamerika/Karibik einen ersten Schritt zu einer regionalen Rüstungskontrolle. Allerdings führte dieser Vertrag im Folgenden leider nicht zu weiteren Mechanismen zur konventionellen Rüstungskontrolle. Nach dem Ende des Kalten Krieges gab es besondere Anstrengungen zur Etablierung vertrauensbildender Maßnahmen in der Region. Das Ziel dieser Maßnahmen lag jedoch im Bereich der „soften“ Rüstungskontrolle: der Austausch von Informationen, Teilnahme an den UN-Berichterstattungsinstrumenten und die Einladung von Beobachter:innen zu Militärübungen. Zwei wichtige Maßnahmen und Mechanismen sind hingegen in den letzten Jahren entstanden: zum einen die OAS Firearm Convention mit dem Ziel, Kleinwaffen und Munition zu kontrollieren und die Import-/ Exportwege transparent zu machen und zum anderen die OAS Transparency Convention mit dem Ziel eines Informationsaustauschs zwischen den Staaten zum Import und Export konventioneller Waffen.

Zusätzlich unterstützt das in Lima ansässige UNLIREC als regionale Einrichtung des United Nations Office for Disarmament Affairs die Staaten aktiv. Die Organisation berät Regierungen bei der Umsetzung von Klein- und Leichtwaffenkontrollen und stärkt ihre institutionellen Kapazitäten.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Weder in Peru noch in im Großteil der Nachbarländer sind derzeit ausländischen Militäreinheiten stationiert. Lediglich in Kolumbien sind derzeit 50 US-Soldat:innen stationiert.

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Bekämpfung der rechtswidrigen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen, 1971	Beigetreten (mit Einschränkung)	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten, 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen, 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials, 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konvention über die Markierung von Plastiksprengstoffen, 1998	Beigetreten (mit Einschränkung)	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge, 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus, 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Zwischen 1980 und 2000 stellte Terrorismus ein schwerwiegendes Problem in Peru dar. Die beiden Rebell:innengruppen Sendero Luminoso und Movimiento Revolucionario Túpac Amaru verübten in diesem Zeitraum zahlreiche Anschläge. Präsident Alberto Fujimori ließ umfassende Anti-Terrorgesetze verabschieden, die den Sicherheitskräften weitreichende Befugnisse einräumten. Sicherheitskräfte nahmen daraufhin zahlreiche Menschen willkürlich fest und setzten Folter im Namen der Terrorismusbekämpfung ein.

Inzwischen ist Peru den meisten internationalen Abkommen zur Terrorismusbekämpfung beigetreten, wenn auch teilweise mit Einschränkungen, etwa bei der Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971 und der Konvention zur Markierung von Plastiksprengestoffen. Internationaler Terrorismus spielt in Peru und der Region weiterhin eine untergeordnete Rolle, da transnationale Netzwerke dort nur begrenzt aktiv sind. Lokale und nationale Gruppen destabilisieren jedoch weiterhin Teile des Landes und der Region. Polizei und Sicherheitskräfte gehen deshalb konsequent gegen diese Gruppen vor. Nach Angaben des United States Department of State registrierten die Behörden im Jahr 2022 fünf terroristische Vorfälle, bei denen Menschen verletzt wurden. Dies entsprach einem leichten Anstieg um einen Fall gegenüber dem Vorjahr, gleichzeitig sank jedoch die Zahl der Verletzten. Insbesondere Sendero Luminoso tritt weiterhin im Zusammenhang mit Drogenhandel in Erscheinung und greift Polizei sowie staatliche Einrichtungen an. Aufgrund dieser Verbindungen bezeichnen Beobachter:innen die Gewalt im Kontext des florierenden Drogenhandels häufig als Narco-Terrorismus.

Im Institute for Economics and Peace veröffentlichten Global Terrorism Index 2025 belegte Peru Platz 44. Der Index stellte für 2024 die deutlichste Verbesserung in Südamerika fest, da keine Anschläge oder Todesopfer durch Terrorismus verzeichnet wurden. In den vergangenen zehn Jahren erzielte Peru damit eine der größten Verbesserungen in Lateinamerika.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) Zusatzprotokoll gegen die Schlepperei von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg, 2004	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen, 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Lima ist wichtigen internationalen Abkommen zur Kriminalitätsbekämpfung beigetreten. Dennoch kämpft das Land weiterhin mit hoher Kriminalität. Insbesondere Morde, gewaltsame Übergriffe und Erpressung nehmen in den Städten deutlich zu. Nach Angaben der peruanischen Polizei registrierten die Behörden zwischen dem 1. Januar und dem 16. März 2025 landesweit 459 Morde und allein im Januar mehr als 1.900 Erpressungsfälle. Präsidentin Dina Boluarte rief daraufhin am 18. März den nationalen Notstand in Lima aus. Das Dekret übertrug Polizei und Militär für 30 Tage die vollständige Kontrolle über die Sicherheitslage vor Ort.

Korruption bleibt ein zentrales Problem und durchdringt große Teile der Gesellschaft sowie das Militär und andere Sicherheitskräfte. Die Regierung richtete bereits 2010 eine Anti-Korruptionskommission ein, die Strategien und politische Empfehlungen zur Eindämmung der Korruption im öffentlichen und privaten Sektor erarbeiten soll. Präsident Martín Vizcarra leitete während seiner Amtszeit mehrere Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung ein.

Der Drogenhandel, insbesondere mit Kokain und Opium, stellt weiterhin eine der größten Herausforderungen dar. Im Jahr 2023 nutzten Produzent:innen über 95.000 Hektar Land für den Kokaanbau, was einem Anstieg von 18 % gegenüber 2021 entspricht. Vor allem in indigenen Gebieten und Schutzgebieten weitete sich der Anbau aus. Diese Gebiete machen inzwischen rund 20 % des gesamten Kokaanbaus aus. Immer wieder kommt es zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Polizei und Bewohner:innen der Anbauggebiete. Die Regierung hat den Kampf gegen den Drogenhandel und das organisierte Verbrechen in den vergangenen Jahren verstärkt.

Zusätzlich dient Peru als Transitland für Menschenschmuggel. Menschen aus Südamerika und Asien nutzen das Land als Zwischenstation auf dem Weg in die USA. Gleichzeitig stellt auch der Binnenmenschenshandel ein ernstes Problem dar. Kriminelle Gruppen nutzen insbesondere die prekäre Lage venezolanischer Migrant:innen aus. Sie zwingen diese unter dem Vorwand von Unterkunft und Versorgung zur Prostitution und zur Erfüllung festgelegter Einnahmequoten. Besonders betroffen sind Frauen, Kinder und Angehörige indigener Gruppen.

Tabelle 15
Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention, 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Abkommen über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten, 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zum Genfer Konvention (1950) zum Schutz der Opfer von bewaffneten Konflikten, 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofs, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention, 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Peru übermittelte im Rahmen des UN-Waffenregisters bis 2004 sehr regelmäßig Angaben zu Rüstungsimporten und Rüstungsexporten, seither jedoch nur noch lückenhaft. So reichte es zwischen 2005 und 2007 sowie zwischen 2011 und 2017 keine Berichte ein. Der letzte Bericht wurde im Jahr 2023 eingereicht und beinhaltet fast ausschließlich Angaben zu Importen von Klein- und Leichtwaffen. Auch im Rahmen des Instruments zur Berichterstattung über Militärausgaben übermittelt Peru kaum Informationen an die UN, ausschließlich in den Jahren von 2000 bis 2002, 2008 und 2010 wurden Angaben gemacht.

Als Mitglied des Arms Trade Treaty reichte es aber im Jahr 2017 einen Initialbericht und seither jährliche Berichte ein. Auch im Rahmen des Programme of Action on small arms and light weapons berichtet das Land regelmäßig (zuletzt 2024).

Unerlaubte Wiederausfuhr

Peru beteiligt sich an den Klein- und Leichtwaffenkontrollmechanismen der Andengemeinschaft und des Mercosur. Bereits 2003 verabschiedete die Andengemeinschaft eine Entscheidung, mit der sie den illegalen Handel mit Klein- und Leichtwaffen in der Region unterbinden wollte. Peru verfügt zudem über Exportkontrollgesetze. Allerdings liegen keine Informationen über deren Wirksamkeit, Anwendung oder Überprüfung vor.

Peru fungiert trotz des Abkommens als wichtiger Knotenpunkt des Waffenhandels und dient sowohl als Herkunfts- als auch als Transitland für Waffen mit Ziel Europa, Ecuador und Kolumbien. Schmuggelnetzwerke starten ihre Routen nahe der ecuadorianischen Grenze und transportieren die Waffen über Ecuador weiter nach Kolumbien. Ausländische kriminelle Gruppen, darunter Tren de Aragua und Los Tiguerones, kooperieren dabei teilweise mit lokalen Netzwerken oder stehen mit ihnen in Konkurrenz. Unregulierte Schusswaffen, darunter nicht registrierte und selbstgebaute Waffen sowie Munition und Sprengstoff, stärken die organisierte Kriminalität, insbesondere im Zusammenhang mit illegalem Bergbau.

Nach Angaben des Australian Institute of International Affairs stellten Behörden im Jahr 2023 in der Region Tumbes rund 391.000 Munitionsstücke sicher. Dies entspricht einem

Anstieg von 13 % gegenüber 2022 und macht 92 % der gesamten in Peru illegal geschmuggelten Munition aus.

Im Rahmen der groß angelegten Polizeioperation „Operation Trigger VI“, die Interpol und das UNODC zwischen dem 8. und dem 28. März 2021 koordinierten, beschlagnahmten Behörden in 13 südamerikanischen Staaten mehr als 200.000 illegale Schusswaffen sowie Komponenten, Munition und Sprengstoffe. In Peru stellten die Einsatzkräfte dabei große Mengen Munition und Granaten sicher, die aus dem Dreiländereck von Brasilien, Argentinien und Paraguay stammen sollen.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 10

Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

Concerning the economic transformation, there has been a partial recovery after the devastating consequences in human and material costs caused by COVID-19. Although Peru was one of the countries to be most deeply affected by the pandemic, the rate of deaths and infections ultimately dropped drastically thanks to national vaccination campaigns. While economic institutions remained stable over time, the 2021 recovery remained insufficient to compensate for the previous slump, in part because of management failures by the disorganized Castillo government paired with the ongoing political instability. The consequences of Russia's war against Ukraine, including rising inflation rates and subsequent stability measures, have further clouded the outlook for 2022 and beyond and contributed to a persistent climate of social tension.

Quelle: <https://bti-project.org/de/reports/country-report/PER>

Tabelle 16

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in%)

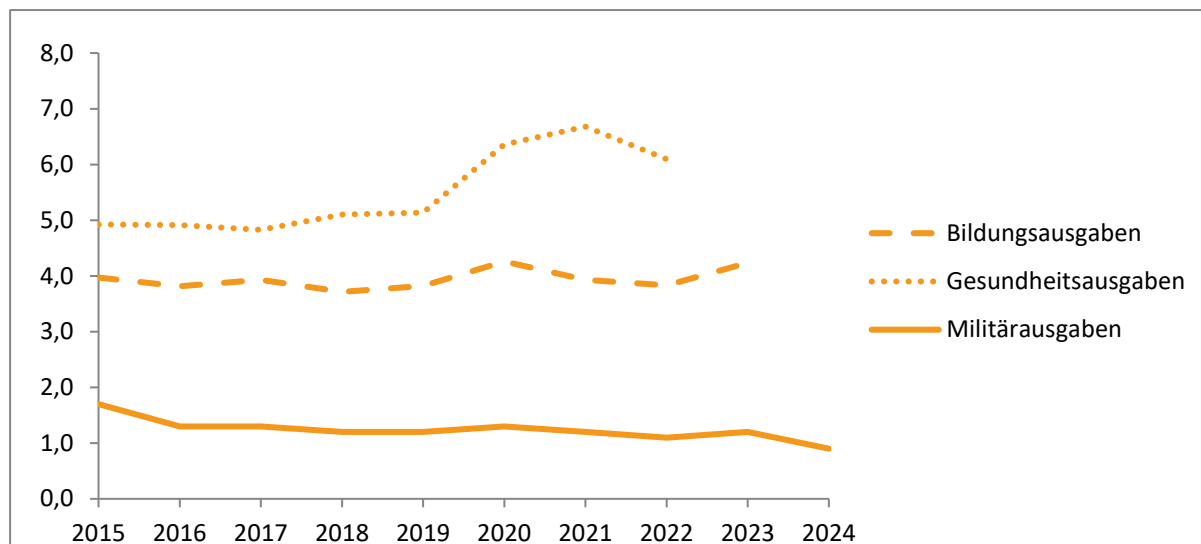
	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	2979	3152	3053	3309	2510
Militärausgaben/BIP	1,3	1,2	1,1	1,2	0,9
Gesundheitsausgaben/BIP	6,4	6,7	6,1	-	-
Bildungsausgaben/BIP	4,3	3,9	3,8	4,2	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2019	2020	2021	2022	2023
Auslandsverschuldung	64247	73549	86811	88829	90068
Anteil am BIP (in Prozent)	28,1	36,5	38,4	36,1	33,7
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	446,57	464,5	260,82	768,68	-
Net ODA (% of GNI)*	0,19	0,22	0,12	-	-
Deutsche ODA Zahlungen*	172,91	149,12	-2,12	491,96	-

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2023); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2023).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2020	2021	2022	2023	2024
Militarisierungswert	95,0	89,4	90,2	92,5	83,9
Index-Platzierung	79	86	85	81	94

Tabelle 19

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2019	2020	2021	2022	2023
Bolivien	Militarisierungswert	93,0	89,0	81,7	89,2	89,5
	Index-Platzierung	81	87	93	85	89
Brasilien	Militarisierungswert	69,2	65,9	64,3	62,0	61,2
	Index-Platzierung	116	117	114	122	125
Chile	Militarisierungswert	117,5	106,0	103,4	104,4	103,3
	Index-Platzierung	55	63	62	67	68
Ecuador	Militarisierungswert	91,8	87,9	88,5	89,9	90,4
	Index-Platzierung	85	88	89	83	87
Kolumbien	Militarisierungswert	111,8	103,9	102,9	103,5	109,9
	Index-Platzierung	58	66	63	69	59

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2025.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2020	2021	2022	2023	2024
Bolivien	Militärausgaben (absolut)	536	559	439	589	629
	Militärausgaben/BIP	1,4	1,3	1,0	1,3	1,4

		2020	2021	2022	2023	2024
Brasilien	Militärausgaben (absolut)	25022	23699	22215	21788	21693
	Militärausgaben/BIP	1,3	1,1	1,1	1,0	1,0
Chile	Militärausgaben (absolut)	6212	5643	5207	5470	5521
	Militärausgaben/BIP	2,1	1,6	1,5	1,6	1,6
Ecuador	Militärausgaben (absolut)	2495	2548	2644	2692	2648
	Militärausgaben/BIP	2,5	2,2	2,2	2,3	2,2
Kolumbien	Militärausgaben (absolut)	10394	10846	10622	10779	12246
	Militärausgaben/BIP	3,5	3,2	2,8	3,0	3,4

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2023). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI) & Gender Development Index (GDI)

	2019	2020	2021	2022	2023
HDI-Wert	0,784	0,769	0,764	0,790	0,794
HDI-Wert (Männer)	0,766	0,759	0,751	0,77	0,777
HDI-Wert (Frauen)	0,706	0,696	0,686	0,711	0,709
GDI-Wert	0,974	0,967	0,952	0,959	0,956

Quelle: [Specific country data | Human Development Reports \(undp.org\)](#)

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen. Der GDI setzt die HDI-Werte für Frauen und Männer in ein Verhältnis zueinander: ein Wert von 1 weist demnach auf vollständige Gleichstellung hinsichtlich der HDI-Kategorien hin. Werte darunter weisen entsprechend auf Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern hin.

Frauen in Wirtschaft und Politik

Peru erreicht mit einem Gender Development Index (GDI) von 0,959 ein sehr hohes Niveau geschlechtsspezifischer Entwicklung und weist damit nur geringe Unterschiede zwischen Frauen und Männern im Human Development Index (HDI) auf (Frauen: 0,777; Männer: 0,810). Der GDI setzt die HDI-Werte beider Geschlechter – auf Basis von Lebenserwartung, Bildungsniveau und Einkommen – ins Verhältnis; ein Wert von 1 steht für vollständige Gleichstellung. Der Wert verdeutlicht insbesondere im Bildungsbereich weitgehend vergleichbare Voraussetzungen. Frauen absolvieren durchschnittlich 9,6 Schuljahre und damit 1,1 Jahre weniger als Männer mit 10,7 Jahren. Bei den erwarteten Schuljahren zeigt sich eine Differenz von 0,2

Jahren (Frauen: 15,0 Jahre; Männer: 14,8 Jahre). Auch die Alphabetisierungsraten unterscheiden sich kaum (Männer: 97 %; Frauen: 99 %).

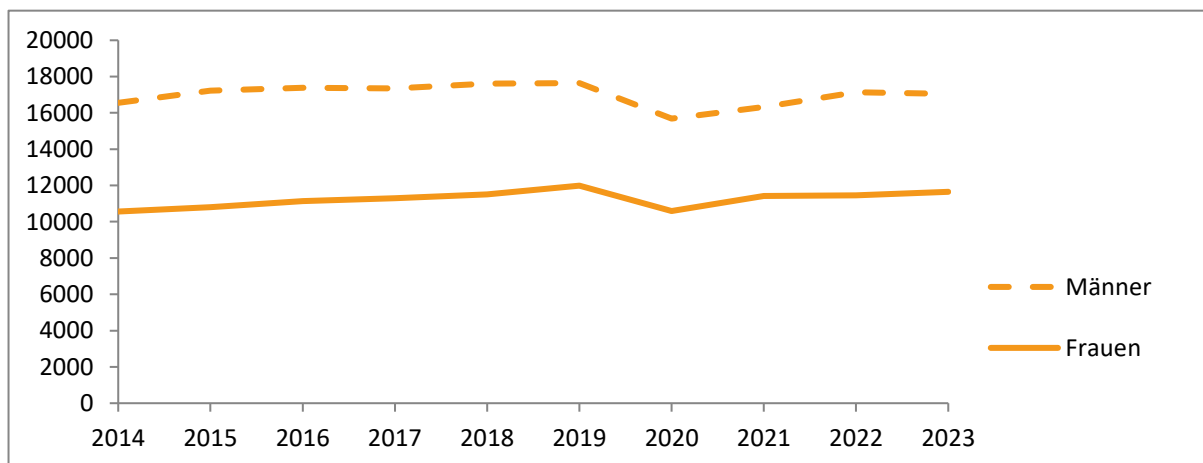
Bei der Erwerbsquote treten deutlichere Unterschiede zutage: 2025 beteiligen sich 70 % der Frauen am Arbeitsmarkt (globaler Durchschnitt: 49 %) und damit weniger als Männer mit 85 %. Diese Differenz spiegelt sich im Pro-Kopf-Einkommen wider. Frauen erzielen ein kaufkraftbereinigtes Bruttonationaleinkommen von 11.653 US-Dollar, Männer erreichen 17.053 US-Dollar und damit 5.400 US-Dollar mehr. Der GDI fällt dennoch relativ hoch aus, da Frauen mit 80,1 Jahren eine höhere Lebenserwartung erreichen als Männer mit 75,4 Jahren.

Frauen bleiben zudem in politischen Führungspositionen unterrepräsentiert. Sie stellen 10,5 % der Kabinettsmitglieder (2 von 19). Im Parlament sind sie stärker vertreten und halten 41,5 % der Sitze (54 von 130). In der Privatwirtschaft bleiben Frauen ebenfalls unterrepräsentiert: Mit 22,4 % der Top-Management-Positionen erreicht Peru nur einen geringen Anteil von Frauen in wirtschaftlichen Führungspositionen.

Das Weltbankprogramm World Bank Women, Business and the Law (WBL) 2.0 bewertet neben gesetzlichen Rahmenbedingungen auch deren praktische Umsetzung sowie staatliche Unterstützungsstrukturen zur Gleichstellung der Geschlechter. Peru erzielt im Bereich der gesetzlichen Rahmenbedingungen 89 von 100 Punkten und liegt damit über dem globalen Durchschnitt von 67. Die rechtlichen Voraussetzungen für die wirtschaftliche Teilhabe von Frauen erreichen somit ein hohes Niveau. Die unterstützenden Rahmenbedingungen erreichen 71 von 100 Punkten und übertreffen den weltweiten Durchschnitt von 47 ebenfalls deutlich. Der Indexwert zur Umsetzung und Wahrnehmung beträgt 60 von 100 (globaler Mittelwert: 53). Insgesamt verfügt Peru also über solide rechtliche Grundlagen und institutionelle Unterstützungsmaßnahmen während bei der praktischen Umsetzung weiterhin Verbesserungsbedarf besteht.

Schaubild 6

Geschätztes Einkommen pro Kopf nach Geschlecht (in 2021 PPP\$)



Quellen: Gender Development Index; <https://hdr.undp.org/data-center/specific-country-data#/countries/PER>

Zusammenfassung zu Kriterium 8:

Mit einem Bruttonationaleinkommen von 7.500 US-Dollar pro Kopf gilt Peru als „upper-middle income country“. Die Wirtschaft gilt als mittelmäßig wettbewerbsfähig und resilient. So führte bspw. die Covid-19 Pandemie zu enormen Problemen, die durch Kompensationsprogramme aber abgemildert werden konnten und zu einer schnellen Erholung führten. Die Wachstumsraten sind gering, aber stabil. Die Auslandsverschuldung ist gering und es besteht keine Abhängigkeit von Entwicklungsgeldern, auch wenn Peru jüngst mehr Gelder aus der Entwicklungszusammenarbeit bezog. Mit einem HDI-Wert von 0,794 wird Peru durch den HDI als Land mit einer „hohen menschlichen Entwicklung“ kategorisiert und sticht auch im regionalen Vergleich hervor. In Bezug auf die SDGs befindet sich Peru im vorderen Mittelfeld: Unterernährung und Armut stellen weiterhin Probleme dar; andere Messgrößen konnten hingegen verbessert werden. Insbesondere die hohe Ungleichheit stellt aber einen enormen Stressfaktor dar und führt immer wieder zu sozialen Unruhen. Auch hinsichtlich des Klimawandels gilt Peru als vulnerabel. Im Hinblick auf Gesundheits-, Bildungs- und Militärausgaben ist aber kein ausgesprochenes Ungleichgewicht zu erkennen. Entsprechend belegt es im GMI nur den 94. Platz und gilt als „schwach militarisiert“.

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Mit einem Bruttonationaleinkommen von 7.500 US-Dollar pro Kopf zählt Peru zur Kategorie der „upper-middle income countries“. Die Auslandsverschuldung beträgt 2025 rund 35,3 % des BIP und liegt damit auf keinem außergewöhnlich hohen Niveau. Nachdem Peru seine letzten Schulden beim IWF im Jahr 2007 zurückgezahlt hatte, nahm das Land dort keine weiteren Kredite mehr auf. Im Mai 2022 vereinbarte Peru mit dem IWF eine zweijährige flexible Kreditlinie über rund 5,3 Mrd. US-Dollar. Die Regierung betrachtete diese ausdrücklich als Vorsichtsmaßnahme; sie lief am 20. Mai 2024 aus, ohne dass Peru Mittel daraus abrief.

Die Wirtschaft ist mittelmäßig diversifiziert. Obwohl die Diversifikation in den vergangenen Jahren abnahm, konnte Peru externe Schocks bislang vergleichsweise gut abfedern. Die Covid-19-Pandemie führte zunächst zu einem massiven Wirtschaftseinbruch von 11 % des BIP und stellte damit den stärksten Rückgang in Lateinamerika dar. In der Folge stiegen Armut und Unterernährung deutlich an. Die Regierung reagierte mit einem Kompensationsprogramm, insbesondere durch direkte Bargeldtransfers zur Verringerung der Ernährungsunsicherheit. Dadurch und durch die wirtschaftliche Erholung wuchs das BIP im Folgejahr um 12,3 %.

Die Land-, Forstwirtschaft und Fischerei trugen 2023 rund 7,3 % zur Wirtschaftsleistung bei, während der Exportsektor 29,5 % ausmachte. Natürliche Ressourcen generierten etwa 12,7 % des BIP; Mineralien, Erze und Metalle allein stellten rund 7 % des BIP beziehungsweise 69 % der Gesamtexporte. Darüber hinaus exportiert Peru landwirtschaftliche Produkte, Chemikalien und Textilien. Im Jahr 2023 schrumpfte die Wirtschaft erstmals seit der Pandemie wieder leicht um 0,4 %, insgesamt gilt sie jedoch weiterhin als relativ krisenfest. Risiken bestehen vor allem durch den Klimawandel (Rang 54 im Jahr 2024 und Rang 32 im Zeitraum 1994–2023 im Global Climate Risk Index), die Abhängigkeit von Rohstoffexporten und deren Weltmarktpreisen sowie durch soziale Ungleichheit und daraus resultierende Spannungen.

Soziale Entwicklung

Mit einem HDI-Wert von 0,794 zählt Peru zur Gruppe der Länder mit hoher menschlicher Entwicklung und liegt damit zwischen Aserbaidschan und China. Deutschland erreicht mit einem Wert von 0,959 eine sehr hohe menschliche Entwicklung und belegt Rang 7. In der Region übertrifft nur Chile Peru mit einem Wert von 0,878. Peru ist nicht auf Entwicklungshilfe angewiesen. Die ODA-Quote lag 2021 bei lediglich 0,12 % des BNE, ein Wert vergleichbar mit Botswana und den Philippinen.

Rund 5,1 % der Bevölkerung leben unter der absoluten Armutsgrenze von 3,00 PPP-Dollar pro Tag, etwa 11 % unter 4,20 PPP-Dollar. Die Arbeitslosenquote betrug 2024 rund 5,2 %, die Jugendarbeitslosigkeit 9 %. Beide Werte liegen unter beziehungsweise nahe dem globalen Durchschnitt. Im SDG-Index belegt Peru Rang 65 von 167 Staaten. Besonders große Fortschritte erzielte das Land bei der Senkung der Mütter- und Kindersterblichkeit. Diese liegen mit 51 pro 100.000 beziehungsweise 8 pro 1.000 Lebendgeburten deutlich unter dem globalen Durchschnitt. Das Bildungsziel (SDG 4) gilt als erreicht. Die Alphabetisierungsrate der über 15-Jährigen beträgt 94 %, und die Einschulungsquoten sind deutlich gestiegen. Insgesamt befindet sich Peru bei rund 40 % der Indikatoren auf einem guten Weg zur Zielerreichung bis 2030.

Insgesamt ist Peru bei rund 40% der Indikatoren auf einem guten Weg zur Zielerreichung bis 2030. Größere Herausforderungen bestehen allerdings u.a. SDGs 2 (Zero Hunger), 10 (Reduced Inequalities), 11 (Sustainable Cities and Communities), 15 (Life on Land), 16 (Peace, Justice and Strong Institutions). Letzteres lässt sich insbesondere auf hohe Mordraten, Korruption, Kinderarbeit und eine eingeschränkte Pressefreiheit zurückführen. Der Gini-Index lag 2022 bei 40,3 und verdeutlicht die weiterhin hohe Ungleichheit. Diese zeigt sich auch im starken Stadt-Land-Gefälle sowie in Einkommens- und Bildungsunterschieden zwischen ethnischen Gruppen, auch wenn sich diese zuletzt verringerten.

Peru investiert deutlich mehr Mittel in Gesundheit (6,1 % des BIP) und Bildung (3,9 %) als in das Militär (0,9 %). Im Globalen Militarisierungsindex belegt das Land Rang 94 und gilt damit als „schwach militarisiert“.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH
Pfarrer-Byns-Straße 1
53121 Bonn, Germany

www.bicc.de

KONTAKT

Head of Advice & Science Transfer
elvan.isikozlu@bicc.de
+49 (0) 228 911 96-54

REDAKTION	Marc von Boemcken
LAYOUT	bicc
GRAFIK	Nele Kerndt

ERSCHEINUNGSDATUM Juni 2026

Dieser *bicc common position brief* wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.



Sofern nicht anders angegeben, ist dieses Werk lizenziert unter:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

